

ONLINE-PUBLIKATION

Hendrik Sander

An der Schwelle zum grünen Kapitalismus?

**Sozial-ökologische
Hegemonieprojekte
in Deutschland**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

HENDRIK SANDER ist Politikwissenschaftler, politischer Aktivist und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar arbeitet er zu räumlicher Umweltgerechtigkeit und sozial-ökologischer Transformation. Er hat in Bremen und Oldenburg studiert und in Kassel zum Thema grüner Kapitalismus und deutsche Energiepolitik promoviert. Heute lebt er in Potsdam.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 4/2022

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Oktober 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

1 Einleitung	4
2 Historisch-materialistische Politikanalyse	5
3 Kontextanalyse	5
3.1 Naturverhältnisse in Deutschland	5
3.2 Neoliberalismus und multiple Krise	6
4 Fünf Hegemonieprojekte – eine Heuristik	7
5 Politische Ökonomie	8
6 Die soziale Basis: Klassenmilieus und sozial-ökologische Cluster	9
7 Politische Projekte und soziotechnische Regime	11
8 Das staatliche Terrain	13
8.1 Neue staatliche Projekte	13
8.2 Die politischen Parteien	14
8.3 Die Ampelkoalition	16
9 Entwicklungen in zentralen gesellschaftlichen Feldern	17
9.1 Strom und Wärme	17
9.2 Verkehr und Mobilität	19
9.3 Chemie- und Stahlindustrie	21
10 Hegemonieanalyse: Die fünf Hegemonieprojekte	22
10.1 Reaktionäres Hegemonieprojekt	22
10.2 Fossilistisch-konservatives Hegemonieprojekt	23
10.3 Sozial-defensives Hegemonieprojekt	24
10.4 Grün-kapitalistisches Hegemonieprojekt	24
10.5 Emanzipatorisches Hegemonieprojekt	25
11 Strategischer Ausblick	26
Literatur	28

1 EINLEITUNG

Die deutsche Gesellschaft ist mit vielfältigen Herausforderungen und Krisenprozessen konfrontiert: der ökonomischen Instabilität, der Zuspitzung der ökologischen Krise (allen voran dem Klimawandel), den Folgen der Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, der sozialen und politischen Polarisierung. Verschiedene Akteure verfolgen in dieser Situation einer multiplen Krise unterschiedliche Strategien, die sich zwischen Bewahren und Erneuern bewegen (Demirović et al. 2011). Diese Strategien sprechen die Interessen jeweils unterschiedlicher Milieus der popularen Klassen¹ sowie Fraktionen des Kapitals an und manifestieren sich in zivilgesellschaftlichen und staatlichen Konflikten. Die konkurrierenden Strategien verdichten sich in fünf Hegemonieprojekten, die darum ringen, eine Hegemonie in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen und perspektivisch in der gesamten gesellschaftlichen Formation zu erreichen – so die zentrale These dieser Arbeit.

Besonders prominent ist dabei das Projekt eines grünen Kapitalismus (Candeias/Kuhn 2008), das in den letzten Jahren deutlich an Dynamik gewonnen hat und eine wachsende Unterstützung in verschiedenen Klassenfraktionen genießt (Brand 2016a). Eine solche neue Variante des Kapitalismus würde jedoch die grundlegenden Strukturen und Prinzipien einer wachstumsorientierten ökologischen Modernisierung und einer global exklusiven imperialen Lebensweise nicht überwinden, sondern in neuer Form reproduzieren und damit festigen (Brand/Wissen 2017). Ferner ist die weitere Entwicklung angesichts des Ukrainekriegs und der geopolitischen Krise ungewiss. Es droht ein fossiler Rollback oder ein autoritärer und imperialer grüner Kapitalismus (Brand 2020). Aus einer emanzipatorischen Perspektive ist deshalb eine grundlegende sozial-ökologische Transformation nötig – ein *system change*. Anknüpfungspunkte bietet eine Reihe von aktuellen sozial-ökologischen Transformationskonflikten, die in Zukunft zunehmen dürften (Dörre et al. 2020).

Um die Bedingungen für eine solche linke und emanzipatorische Strategiebildung zu verstehen, sollen in der vorliegenden Analyse die gegenwärtigen Hege-

moniekonflikte um die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse mithilfe einer historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) untersucht werden (Kap. 2).

Dafür werden zunächst die historische Entwicklung der Naturverhältnisse (Kap. 3.1) sowie die Durchsetzung und Krise des Neoliberalismus in Deutschland skizziert (Kap. 3.2). Sodann stelle ich meine Heuristik der fünf Hegemonieprojekte vor (Kap. 4). Um die empirische Tauglichkeit dieses Modells zu überprüfen, wird anschließend dargestellt, welche potenzielle Basis die Hegemonieprojekte in der politischen Ökonomie (Kap. 5) und in den Milieus der popularen Klassen finden (Kap. 6). Darauf aufbauend werden wichtige politische Projekte bzw. soziotechnische Regime benannt, mit deren Hilfe sich vor allem ein grüner Kapitalismus durchsetzen könnte und die ihm zugleich eine konkretere Form geben (Kap. 7).

Im nächsten Schritt wird nachgezeichnet, wie sich die gesellschaftlichen Interessen und Strategien in den europäischen und nationalen Staatsapparaten verdichten – in Form von staatlichen Projekten, aktuellen Strategien der Parteien und der neuen Ampelkoalition (Kap. 8). Ferner werden aus der entwickelten hegemonieanalytischen Perspektive die Entwicklungen in drei zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeldern beleuchtet: Energie, Mobilität und Grundstoffindustrien (Kap. 9). Schließlich sollen auf Basis dieser Ausführungen die fünf Hegemonieprojekte näher charakterisiert werden (Kap. 10).

Die Studie basiert im Wesentlichen auf einer Rezeption einschlägiger wissenschaftlicher Literatur und aktueller politischer Veröffentlichungen sowie auf einzelnen Interviews mit Expert*innen zu den betreffenden Fragen. Es wurden keine eigenständigen empirischen Erhebungen durchgeführt, vielmehr wurde der bestehende kritische Wissens- und Diskussionsstand aus einer hegemonietheoretischen Perspektive analytisch aufbereitet. Insofern hat die Studie eher einen thesenhaften Charakter und schlägt ein Analysemodell für die gegenwärtige gesellschaftliche Konstellation vor, das in weiteren Untersuchungen zu erproben und zu konkretisieren wäre.

1 Als populare Klassen werden diejenigen Klassenfraktionen und -milieus bezeichnet, die nicht zu den herrschenden Kräften zählen, sondern in der einen oder anderen Form subaltern, also der bürgerlichen Herrschaft unterworfen sind.

2 HISTORISCH-MATERIALISTISCHE POLITIKANALYSE

Um die aktuellen Auseinandersetzungen um die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu verstehen, ist ein Rückgriff auf eine marxistische Hegemonie-, Staats- und Regulationstheorie hilfreich. Demnach haben sich in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft aus tiefgreifenden Krisen- und Umbruchsituationen heraus immer wieder relativ stabile historische Formationen herausgebildet, die eine zumindest temporäre Kohärenz zwischen Akkumulationsregime (bzw. politischer Ökonomie) und Regulationsweise (bzw. Zivilgesellschaft und Staat) aufweisen (Atzmüller et al. 2013).

Darin verfügen führende Fraktionen des Machtblocks in Verbindung mit einem breiten Klassenbündnis und einem gesellschaftlichen Entwicklungsprojekt über eine Hegemonie. Diese ist allerdings stets nur ein instabiles Kompromissgleichgewicht und insbesondere in den Institutionen der Zivilgesellschaft umkämpft, in denen sich auch alternative hegemoniale Projekte herausbilden können (Gramsci 1994). Die Auseinandersetzungen verdichten sich in den Staatsapparaten: Die Strategien der konkurrierenden Akteure schreiben sich in spezifische Apparate ein, wobei der Staat eine relative Autonomie gegenüber den gesellschaftlichen Kräften genießt (Poulantzas 2002).

Eng verbunden mit den hegemonialen Konstellationen und Konflikten sind die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, also die speziellen Formen, in denen eine Gesellschaft ihren Stoffwechselprozess mit der Natur organisiert. Dabei tendieren die kapitalistischen Naturverhältnisse dazu, die Natur den gesellschaftlichen Zwecken zu unterwerfen, von ihrer Eigenstän-

digkeit zu abstrahieren und damit die Natur zu beherrschen und auszubeuten. Aber auch die Regulation der Naturverhältnisse ist umkämpft und im historischen Wandel begriffen: In einer stabilen kapitalistischen Entwicklungsweise bilden sich in der Regel auch dazu passende hegemoniale Naturverhältnisse heraus. Allerdings werden diese durch alternative Ansätze der Naturaneignung herausgefordert. In einer organischen Krise einer historischen Formation geraten oft auch die Naturverhältnisse in eine Krise, bis sich in einem umstrittenen Suchprozess eine neue, relativ kohärente Entwicklungsweise durchsetzt (Görg 2003).

Das hier in aller Kürze skizzierte theoretische Verständnis kann mithilfe einer *historisch-materialistischen Politikanalyse* (HMPA) operationalisiert werden. Im Zentrum dieses forschungspraktischen Ansatzes steht das Konzept der *Hegemonieprojekte*, die als Verdichtungen von ähnlichen Akteursstrategien und strategischen Zielen zu verstehen sind. Als solche konkurrieren die Projekte um die gesellschaftliche Hegemonie. Sie stellen heuristische Konstrukte dar, die aber aus einer empirischen Plausibilität heraus begründet werden müssen (Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» 2014; Brand et al. 2022). Ferner haben die verschiedenen Hegemonieprojekte immer auch Implikationen für die Naturverhältnisse. Andersherum gilt: Auf der Ebene der Naturverhältnisse können sich zunächst eigenständige Hegemonieprojekte herausbilden, die aber ihrerseits immer im Verhältnis zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen stehen (Sander 2016).

3 KONTEXTANALYSE

Im ersten Schritt der HMPA sollen die historische Entwicklung der Naturverhältnisse in Deutschland sowie der deutsche Neoliberalismus und seine Krisenphänomene als Kontext der weiteren Untersuchung kurz skizziert werden.

3.1 NATURVERHÄLTNISSE IN DEUTSCHLAND

In der deutschen Gesellschaft haben sich mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise – ähnlich wie in den anderen kapitalistischen Ökonomien – Naturverhältnisse etabliert, die eng mit Fossilismus und Wachstum verbunden waren.

Sie basierten auf einer unmittelbaren Naturbeherrschung, die die natürlichen Bedingungen der Kapitalverwertung unterwarf und damit zu vielfältigen ökologischen Zerstörungen führte (Altvater 2006). Zusammen mit Tobias Haas habe ich das zugrunde liegende Hegemonieprojekt als *graues Projekt* beschrieben, das lange nicht als solches zu erkennen war, weil es einen unhinterfragten, hegemonialen Status hatte. Im Fordismus wurden die fossilistischen Naturverhältnisse zusätzlich ausgeweitet und intensiviert (Haas/Sander 2013; Sander 2016).

Angesichts immer offensichtlicher werdender ökologischer Krisenerscheinungen entstanden in der BRD (und unter schwereren Bedingungen auch in der DDR) in den 1970er-Jahren soziale Bewegungen,

die die wachsenden Zerstörungen als gesellschaftliche Krise thematisierten. Mit der Krise des Fordismus wurden auch die fordistischen Naturverhältnisse infrage gestellt. Das führte jedoch nicht dazu, dass das herrschaftliche Verhältnis zur Natur verändert worden wäre. Die radikaleren Akteure des entstehenden *grünen Hegemonieprojekts* konnten sich nicht durchsetzen.

Vielmehr wurden ökologische Forderungen selektiv und in untergeordneter Form in den aufkommenden Neoliberalismus integriert (Candeias 2009: 324 ff.) – nach der Wende auch in Ostdeutschland. Mit den neoliberalen Naturverhältnissen wurden neue Geschäftsfelder erschlossen (z. B. Emissionshandel, genetische Ressourcen) und die Naturbeherrschung wurde eher verfeinert. Das zeigte sich im technokratischen Steuerungsoptimismus der ökologischen Modernisierung und der scheinbaren Harmonie von sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen im Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Kritische Wissenschaftler*innen sprechen in diesem Zusammenhang von einer «reflexiven Naturbeherrschung» (Görg 2003).

Besonders deutlich wurde der Widerspruch zwischen grauem und grünem Projekt in der Energiepolitik. Das zentralistische, konzerndominierte und auf Atom- und Kohlekraft basierende Energieregime steht für einen grauen, fossilistischen Kapitalismus. Seit den 1970er-Jahren wurde es von der Antiatombewegung und den ersten Initiativen für erneuerbare Energien herausgefordert, die ein grünes Hegemonieprojekt verfolgten, aber lange minoritär blieben (Sander 2016).

In den folgenden Jahrzehnten gewannen die erneuerbaren Energien im Stromsektor eine immer größere Bedeutung, gesellschaftliche Akteure setzten sich für eine Energiewende ein und auch in den Staatsapparaten wurden ökologische Forderungen aufgegriffen. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem viel zu späten Atomausstieg und dem Kohlekompromiss ist inzwischen eine Situation der hegemonialen Auseinandersetzung erreicht, die den Übergang von einem Energieregime zu einem anderen markiert. Allerdings wurde die Energiewende spätestens mit dem energiepolitischen Kompromiss der Merkel-Regierung nach Fukushima 2011 in die herrschenden Strategien integriert, auf die originär *grüne* Akteure kaum noch Einfluss haben (ebd.). Ferner müssen angesichts der Klimakrise alle gesellschaftlichen Sektoren dekarbonisiert und nachhaltig gestaltet werden. In den Bereichen Wärmeversorgung und Verkehr sowie in der Stahl- und Chemieindustrie haben beispielsweise erst in den letzten Jahren Veränderungsprozesse eingesetzt.

3.2 NEOLIBERALISMUS UND MULTIPLE KRISE

In den letzten Jahrzehnten wurde der Neoliberalismus sukzessive in der deutschen Gesellschaft durchgesetzt, wobei das exportorientierte Modell Deutschland aus der fordistischen Phase unter veränderten Bedingungen fortgeführt wurde. Durch seine wirtschaftliche Potenz konnte Deutschland auch in der Europäischen Union (EU) eine dominierende Position erreichen (Candeias 2009).

Das war aber nur um den Preis einer breiten sozialen Prekarisierung in der eigenen Gesellschaft möglich, wobei sich die Lohnniveaus, soziale Sicherheit und Lebenschancen zwischen Branchen, zwischen Kern- und Randbelegschaften, zwischen Regionen und entlang von Geschlecht und Migrationsstatus erheblich unterscheiden. Die auf den außenwirtschaftlichen Erfolg orientierte Politik führte zu einer Reproduktionskrise und einer Krise öffentlicher und sozialer Infrastrukturen. Vor allem zeigten sich auch politische Krisenphänomene: Seit Jahren sind Prozesse einer Entfremdung von den politischen Institutionen, einer Erosion demokratischer Beteiligung, mithin einer Legitimationskrise zu beobachten (ebd.).

Durch das spezifische Regierungsmodell von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es über längere Zeit gelungen, diese Krisenelemente zu managen und einen Umschlag in eine manifeste Krise zu verhindern. Dieses Modell basierte darauf, zwar einerseits die Macht der unionsgeführten Regierungen sowie die langfristigen Interessen der führenden Kapitalgruppen zu sichern, aber andererseits politische Forderungen von oppositionellen Akteuren und soziale Anliegen aus der Bevölkerung aufzugreifen. Das praktizierte die Regierung allerdings in einer Weise, die die eigenständige Artikulation alternativer Akteure und Bewegungen relativ erfolgreich verhinderte, indem sie die Forderungen selektiv in ihr eigenes Programm integrierte (vgl. Atomausstieg und Energiewende). Durch Merckels Kurs der Mitte kam es zu einer relativen Sozialdemokratisierung und Liberalisierung der Union. In den letzten Jahren offenbarten sich die Grenzen dieses Regierungsmodells jedoch immer deutlicher (Sander 2006).

Gelang es zunächst noch relativ gut, die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 2007 ff. aufzufangen, schritt die multiple Krise zuletzt voran. Sie zeigte sich in auf den ersten Blick unabhängigen Prozessen wie dem Sommer der Migration und seiner gesellschaftlichen Verarbeitung, dem immer deutlicher werdenden Klimawandel, der fortgesetzten sozialen Prekarisierung, der Corona-Krise und jüngst dem Ukrainekrieg. Diese Prozesse korrespondieren jeweils mit der Krise des neoliberalen Gesellschaftsmodells in Deutschland.

Die staatlichen Apparate reagierten mit einem Staatsinterventionismus, der das neoliberale Modell von Staatlichkeit zumindest relativiert.

Damit verbunden schritt ferner die soziokulturelle und politische Polarisierung in der Gesellschaft voran, die sich nicht zuletzt im Niedergang der Union als letzter Volkspartei und des Systems Merkel niederschlug. Einerseits formierte sich in den vergangenen Krisen Jahren ein erstarkter rechter Pol, der sein Zentrum und seinen sichtbarsten Ausdruck in der AfD findet. Andererseits kommt es wieder verstärkt zu progressiven Mobilisierungen und Kämpfen – wie etwa der Klimabewegung, der Kampagne Deutsche Wohnen & Co. enteignen sowie gewerkschaftlichen Tarifkonflikten. Auch die Naturverhältnisse wurden in der Ära Merkel in einer Weise gestaltet, die es den absteigenden Akteuren des grauen Projekts erlaubte, ihre Machtbasis zu bewahren, und die gleichzeitig eine kontrollierte sukzessive ökologische Modernisierung des deutschen Kapitalismusmodells ermöglichte. Im Nachgang der Weltwirtschaftskrise konnten sich demgegenüber Akteure, die für den forcierten Übergang zu

einer Green Economy einstanden, nicht durchsetzen. Es dominierte die partielle Modernisierung des Business-as-usual-Pfads (Sander 2016). In Verbindung mit der multiplen Krise des Neoliberalismus verschärften sich allerdings zuletzt auch die sozial-ökologischen Krisenprozesse. Vor allem die öffentlich immer offensichtlicher werdende Brisanz des Klimawandels und seine Politisierung durch die neuen Klimabewegungen führten dazu, dass die Strategie der kontrollierten ökologischen Modernisierung infrage steht. Ferner haben grüne Strategien in den dominanten Kapitalfraktionen und Wirtschaftssektoren klar an Bedeutung gewonnen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Krisenphänomene sprechen Wissenschaftler*innen wie Ulrich Brand von einer *postneoliberalen* Konstellation. Mario Candeias stellt klar: «Postneoliberalismus» [...] bezeichnet keine neue Periode kapitalistischer Entwicklung als vielmehr eine Übergangsperiode, in der vielfältige Suchprozesse stattfinden und um die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft gestritten wird.» (Candeias 2011: 60)

4 FÜNF HEGEMONIEPROJEKTE – EINE HEURISTIK

Die oben beschriebenen hegemonialen Auseinandersetzungen sind eng mit der sozial-ökologischen Frage verbunden, die inzwischen eine zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft gewonnen hat. Im Kontext der skizzierten (Krisen-)Dynamik der deutschen Gesellschaft haben sich das graue und grüne Hegemonieprojekt auf der Ebene der Naturverhältnisse in fünf Hegemonieprojekte ausdifferenziert – so meine zentrale These. Sie haben starke Implikationen für die weitere Entwicklung der postneoliberalen Auseinandersetzungen (vgl. Candeias 2012a).

Reaktionäres Hegemonieprojekt: Das Projekt ist Ausdruck des neu formierten und erstarkten rechten Pols in der deutschen Gesellschaft. Zugleich kann es als Zweig des früheren *grauen* Projekts verstanden werden, das nun eine eigene rechte Programmatik auf der Ebene der Naturverhältnisse entwickelt hat. Das Ziel des reaktionären Projekts ist es, weiße und patriarchale materielle Privilegien zu verteidigen und jedwede sozial-ökologische Transformation zu verhindern, die aus ideologischen Gründen abgelehnt bzw. als gegnerisches Projekt verstanden wird. Teils geht es auch darum, prekäre Lebensbedingungen aus einer rechten Weltdeutung heraus zu verteidigen (Neupert-Doppler 2021).

Fossilistisch-konservatives Hegemonieprojekt: Als ehemaliger Kern des *grauen* Projekts und als Mani-

festation einer immer noch starken konservativen und privilegierten Strömung in der breiten Bevölkerung und der Bourgeoisie verkörpert dieses Hegemonieprojekt die wesentliche Kraft, die auf einen Business-as-usual-Pfad und damit auf eine Fortführung der konventionellen Naturbeherrschung setzt. Das Ziel dieses Projekts ist es, traditionelle, von einer sozial-ökologischen Transformation bedrohte Industrien und (imperiale) Lebensweisen zu verteidigen und ein fossilistisch-ressourcenintensives, wachstumsorientiertes Wirtschaftsmodell langfristig zu sichern – allerdings aus egoistisch-materiellen Gründen, nicht als Teil einer reaktionären Programmatik.

Sozial-defensives Hegemonieprojekt: Als Ergebnis der neoliberalen Angriffe und der breiten Prekarisierung der letzten Jahrzehnte sowie der Artikulation eines eher defensiven Widerstands dagegen hat sich dieses Hegemonieprojekt herausgebildet. Das Ziel dieses Projekts ist es, soziale Sicherheiten und prekäre ökonomische Lebensbedingungen gegen Zumutungen durch unsoziale neoliberale, aber auch sozial-ökologische Politiken zu verteidigen. Im Vordergrund steht die Sicherung von Lebensverhältnissen, die auf einer prekären gesellschaftlichen Position basieren. Die ökologische Frage ist dabei sekundär (Dörre et al. 2020). Es entstammt weder klar dem grauen noch dem grünen Projekt und ist weniger weltanschaulich gefestigt als andere Projekte. Dem-

entsprechend bietet es sich als Bündnispartner für andere Hegemonieprojekte an.

Grün-kapitalistisches Hegemonieprojekt: Als Kern und dominanter Zweig des ehemaligen *grünen* Projekts vereint das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt inzwischen die meisten liberalen, auf Wandel und Modernisierung setzenden Kräfte in der Gesellschaft. Das Ziel des Projekts ist es, die ökologische Krise zu bearbeiten und zu einer Erneuerung der Gesellschaft und des Kapitalismus in Deutschland zu nutzen. Der Fokus liegt auf einer Bearbeitung der Klimakrise und der Etablierung einer klimaneutralen Produktions- und Lebensweise, allerdings auf Basis der bisherigen gesellschaftlichen Strukturen. Das Projekt läuft darauf hinaus, die reflexive Naturbeherrschung zu verallgemeinern (Sander 2016). Es hat ein starkes hegemoniales Potenzial im Bereich

der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, aber auch darüber hinaus als hegemoniales Projekt der deutschen Gesellschaft.

Emanzipatorisches Hegemonieprojekt: In diesem Projekt verdichten sich die sozialen und ökologischen Kämpfe, Bewegungen und Akteure der letzten Jahre. Zugleich verkörpert es einen oppositionellen Flügel des ehemaligen *grünen* Projekts. Das Ziel des emanzipatorischen Projekts ist ein *system change*, also die fundamentale Transformation der bestehenden Gesellschaft, um die grundlegenden Ursachen der sozial-ökologischen Krise zu beseitigen. Es zielt auf eine tiefgreifende Demokratisierung von Wirtschaft und Staat; auf Degrowth und eine Aufhebung der imperialen Lebensweise; auf soziale Sicherheit und Reproduktionsökonomie – und damit auf eine postkapitalistische Gesellschaft.

5 POLITISCHE ÖKONOMIE

Um darzulegen bzw. zu überprüfen, ob und inwiefern diese Heuristik von Hegemonieprojekten für die Analyse der empirischen Wirklichkeit zielführend ist, werden im Folgenden verschiedene gesellschaftliche Ebenen und Konfliktfelder betrachtet und diesbezügliche wesentliche Entwicklungen diskutiert. Auf diese Weise können die Konturen und Spielarten der Hegemonieprojekte weiter ausdifferenziert werden. Zentral für die Projekte ist, welche Unterstützung sie jeweils in Teilen der Bourgeoisie erfahren.

Während zu den Hochzeiten des Fordismus und Neoliberalismus wohl die dominierende Mehrheit des deutschen Kapitals zum fossilistisch-konservativen Projekt gehörte, ist aktuell nur noch ein rückwärtsgewandter Teil dazuzuzählen. Das dominierende Projekt im deutschen Machtblock dürfte inzwischen das grün-kapitalistische Projekt sein, dem wesentliche Teile der Bourgeoisie folgen, einschließlich der großen Konzerne und Leitbranchen (Candeias 2022a). Innerhalb des Spektrums des grün-kapitalistischen Projekts variieren die Strategien der Unternehmen allerdings erheblich. Den übrigen Hegemonieprojekten dürfte nur ein kleiner Teil der Unternehmen zuzurechnen sein, weswegen sie als überwiegend *populäre* Projekte zu bezeichnen sind.

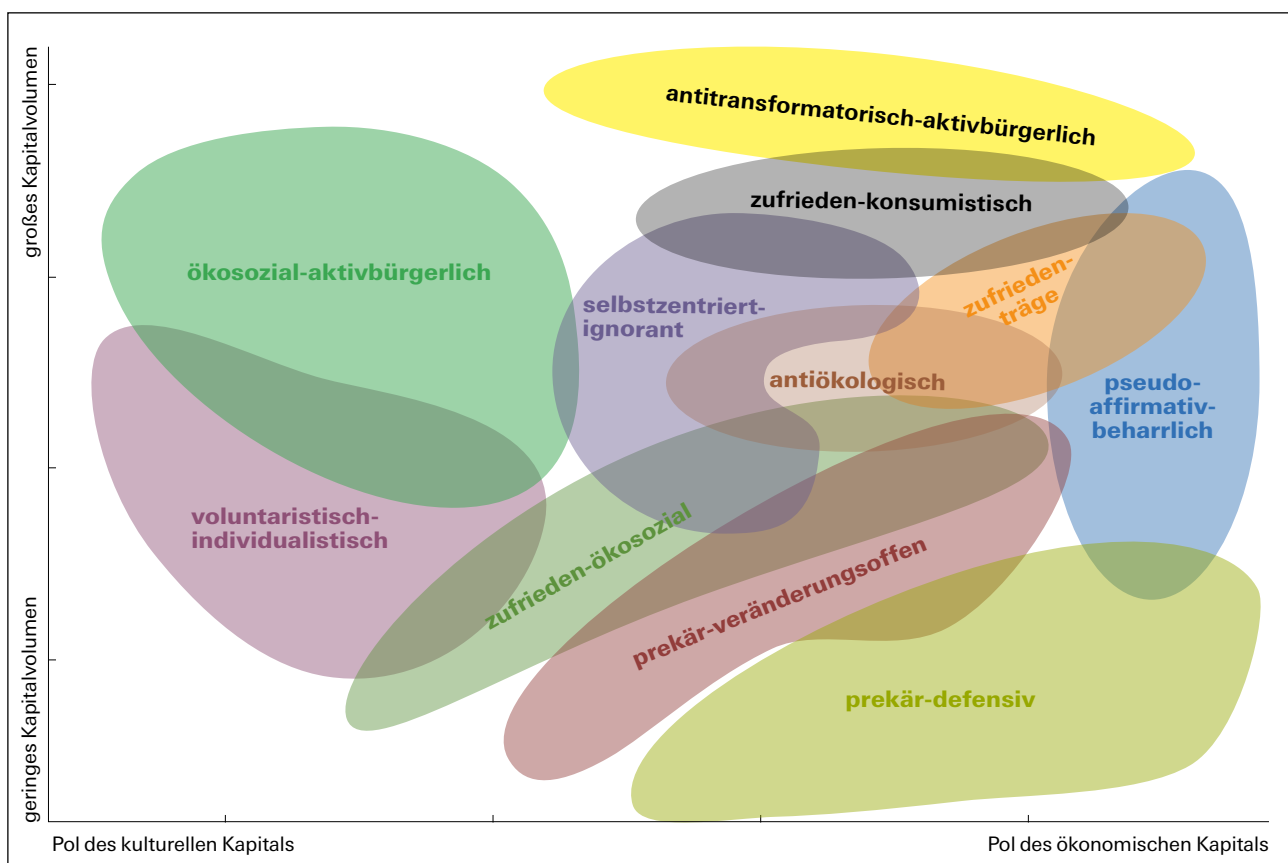
Der Trend hin zu grün-kapitalistischen Strategien in der deutschen Bourgeoisie ist unverkennbar. Entwickelten sich ökologische Produkte und Dienstleistungen lange als mehr oder weniger eigenständige Submärkte, steht seit einiger Zeit die grüne Modernisierung der deutschen Leitbranchen (Auto, Maschinenbau, Energie, Chemie, Stahl) auf der Agenda. Zwar gibt es weiterhin relativ unabhängige grüne Kapitale in Form mittelständischer Unternehmen – etwa die Reste der Erneuerbare-Energien-Firmen, die Branche für Biolebensmittel oder Start-ups für Mobilitätsdienstleistungen. Teilweise dringen auch neue große Player wie Tesla oder Google in bestehende Märkte ein. Doch die dominante Entwicklung besteht darin, dass die deutschen Großkonzerne selbst beginnen, ihre Geschäftsmodelle grundlegend umzustellen – auch wenn sie zum Teil noch lange an ihren konventionellen Kerngeschäften festhalten wollen. Dieser Befund wird in den weiteren Ausführungen zu zentralen politischen Projekten (s. Kap. 7) und Entwicklungen in ausgewählten gesellschaftlichen Feldern (s. Kap. 9) untermauert.

6 DIE SOZIALE BASIS: KLASSEMILIEUS UND SOZIAL-ÖKOLOGISCHE CLUSTER

Um hegemonial zu werden, müssen die Hegemonieprojekte nicht nur von wesentlichen Kapitalfraktionen vorangebracht werden, sondern auch von relevanten Fraktionen und Milieus der lohnabhängigen und subalternen Klassen mitgetragen werden. Je nach ihren Berufsfeldern, ihren ökonomischen Anpassungsmöglichkeiten und ihrer Eingebundenheit in das fossilistische Produktions- und Konsummodell reagieren die Angehörigen verschiedener Klassenfraktionen ganz unterschiedlich auf ökologische Politiken. Während die Bergleute in der Braunkohleindustrie einer ambitionierten Klimapolitik weitgehend ablehnend gegenüberstehen (vgl. z. B. Sander et al. 2021), sind die Beschäftigten im Öffentlichen Nahverkehr viel aufgeschlossener (Kaiser 2020). Aber die Haltungen zur ökologischen Frage lassen sich nicht nur aus ökonomischen Interessen heraus

erklären, sondern sind mit eingespielten Lebensweisen und Weltansichten verknüpft. So analysiert das Forschungsprojekt Flumen um den Soziologen Dennis Eversberg mit dem Ansatz von Pierre Bourdieu eine Reihe von typischen *Einstellungsmustern* in der Bevölkerung (Eversberg 2020a; s. Abb. 1). Auf Basis von umfangreichen Befragungsdaten des Umweltbundesamts hat die Forschungsgruppe typische *sozial-ökologische Mentalitäten* herausgearbeitet. Auch wenn die Daten komplex und widersprüchlich sind und keine einheitlichen Bewusstseinsstände in abgegrenzten Klassenfraktionen zeigen, lassen sie sich doch zu *sozial-ökologischen Clustern* kondensieren, die mit der Milieustruktur im sozialen Raum korrespondieren. Eversberg und Kolleg*innen verdichten die elf identifizierten Einstellungsmuster noch einmal zu drei übergeordneten *Lagern* in der Bevölkerung.

Abbildung 1: Verteilung typischer sozial-ökologischer Einstellungsmuster im sozialen Raum



Quelle: Eversberg 2020b: 89

Ökosoziales Lager: Die drei Einstellungsmuster dieses Lagers («ökosozial-aktivbürgerlich», «voluntaristisch-individualistisch» und «zufrieden-ökosozial») konzentrieren sich weitgehend im linken Teil des sozi-

alen Raums zum Pol des Bildungskapitals bzw. der gesellschaftlichen Modernisierung hin (s. Abb. 2). Sie bilden damit in gewisser Weise eine gesellschaftliche Avantgarde, aber keine ökonomisch privilegierte Elite,

zumal sie in der Regel einen unterdurchschnittlichen ökologischen Fußabdruck haben.² Ihre Gemeinsamkeit ist, dass sie einem grundlegenden sozial-ökologischen Umbau (moderat bis entschieden) abgeschlossen gegenüberstehen, wobei die Beteiligung zwischen aktivem Engagement und eher passiver Unterstützung variiert. In Bezug auf soziale Merkmale sind diese Cluster (ca. 30 Prozent der Bevölkerung) heterogen, aber insgesamt geprägt von einem Überhang von Frauen*, von allen Altersgruppen mit einem Schwerpunkt in der jüngeren Generation, von Großstädter*innen, von oft höheren Bildungsabschlüssen, eher durchschnittlichen Einkommen und gehäuften Tätigkeiten in modernen Dienstleistungsberufen.

Es ist zu vermuten, dass das ökosoziale Lager sowohl eine Basis für das grün-kapitalistische als auch für das emanzipatorische Hegemonieprojekt bildet, wobei interessant wäre, an welchen sozialen und politischen Kriterien entlang sich die Unterstützung für das eine oder andere Projekt differenziert. Anders formuliert: In diesem Lager dürfte die Unterstützung für einen Green New Deal am größten sein. Für die hegemonialen Auseinandersetzungen ist dann zentral, welche Gruppen für eine rein kapitalismusimmanente Variante dieses Ansatzes zu gewinnen sind und welche eine transitorische Variante unterstützen.

Liberal-steigerungsorientiertes Lager: Dieser Teil der Bevölkerung vereint mehrere Einstellungsmuster («antitransformatorisch-aktivbürgerlich», «selbstzentriert-ignorant», «zufrieden-konsumistisch» und «zufrieden-träge»), die in der gesicherten Mitte und im oberen (privilegierten) Bereich des sozialen Raums zu verorten sind – mit einem Schwerpunkt in der Mitte und im rechten Bereich auf der horizontalen Achse (insgesamt rund 35 Prozent der Bevölkerung). Diese Gruppen sind eher männlich, von durchschnittlichen Bildungsgraden, von sicheren bis hohen Einkommen und eher gehobenen beruflichen Funktionen geprägt. Sie bilden den alten Kern und die soziale Basis des deutschen Wirtschafts- und Wohlstandsmodells, das auf neoliberaler Exportpolitik und imperialer Lebensweise fußt. Aufgrund ihrer Konsumgewohnheiten und Einstellungen neigen sie dazu, die aktuellen Verhältnisse zu unterstützen und zu verteidigen. Bei ihnen ist eine Zustimmung zu liberal-demokratischen Prinzipien gepaart mit einem Vertrauen in die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und einem tendenziell egoistischen Hedonismus. Politiken des sozial-ökologischen Umbaus stimmen sie nur unter der Voraus-

setzung zu, dass Wirtschaftswachstum und ihre ressourcenintensive Lebensweise fortgesetzt werden können.

Die Gruppen des liberal-steigerungsorientierten Lagers können sowohl für das grün-kapitalistische als auch für das fossilistisch-konservative Hegemonieprojekt eine soziale Basis bilden. Eversberg und Kolleg*innen diagnostizieren für die jüngere Vergangenheit allerdings ein Aufbrechen dieses Lagers: Ein Teil wendet sich verstärkt gegen einen ökologischen Umbau und orientiert in Richtung einer aggressiven Verteidigung der hergebrachten Produktions- und Lebensweise. Ein anderer Teil bewahrt seinen «progressiven Neoliberalismus» und zeigt sich damit offen für einen grünen Kapitalismus – allerdings in einer stark technologie- und wachstumsoptimistischen Variante, die auf eine reflexive Optimierung der Naturbeherrschung setzt.

Regressiv-autoritäres Lager: Die Einstellungsmuster dieses Lagers («pseudoaffirmativ-beharrlich», «anti-ökologisch» und «prekär-defensiv») konzentrieren sich im unteren und vor allem im rechten Bereich des sozialen Raums, der nach Bourdieus Verständnis nicht nur den Bereich des ökonomischen Kapitals, sondern auch des gesellschaftlichen Traditionalismus bildet. Diese sozialen Gruppen, die zusammen etwa 25 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind schwerpunktmäßig männlich, eher älter, mit niedrigen bis mittleren Bildungsabschlüssen und Haushaltseinkommen, gehäuft in ländlichen Räumen und im Osten lebend. Sie eint das Festhalten an einem fordistischen und fossilistischen Gesellschaftsbild und die Abwehr ökologischer Umbaustrategien. Diese Haltung ist verbunden mit starken Gefühlen der Prekarisierung und Überforderung und/oder einer toxisch-männlichen, bewusst praktizierten imperialen Lebensweise und einer ideologischen Ablehnung gesellschaftlicher Modernisierungen. Sie basiert auf einem autoritären Menschen- und Gesellschaftsbild.

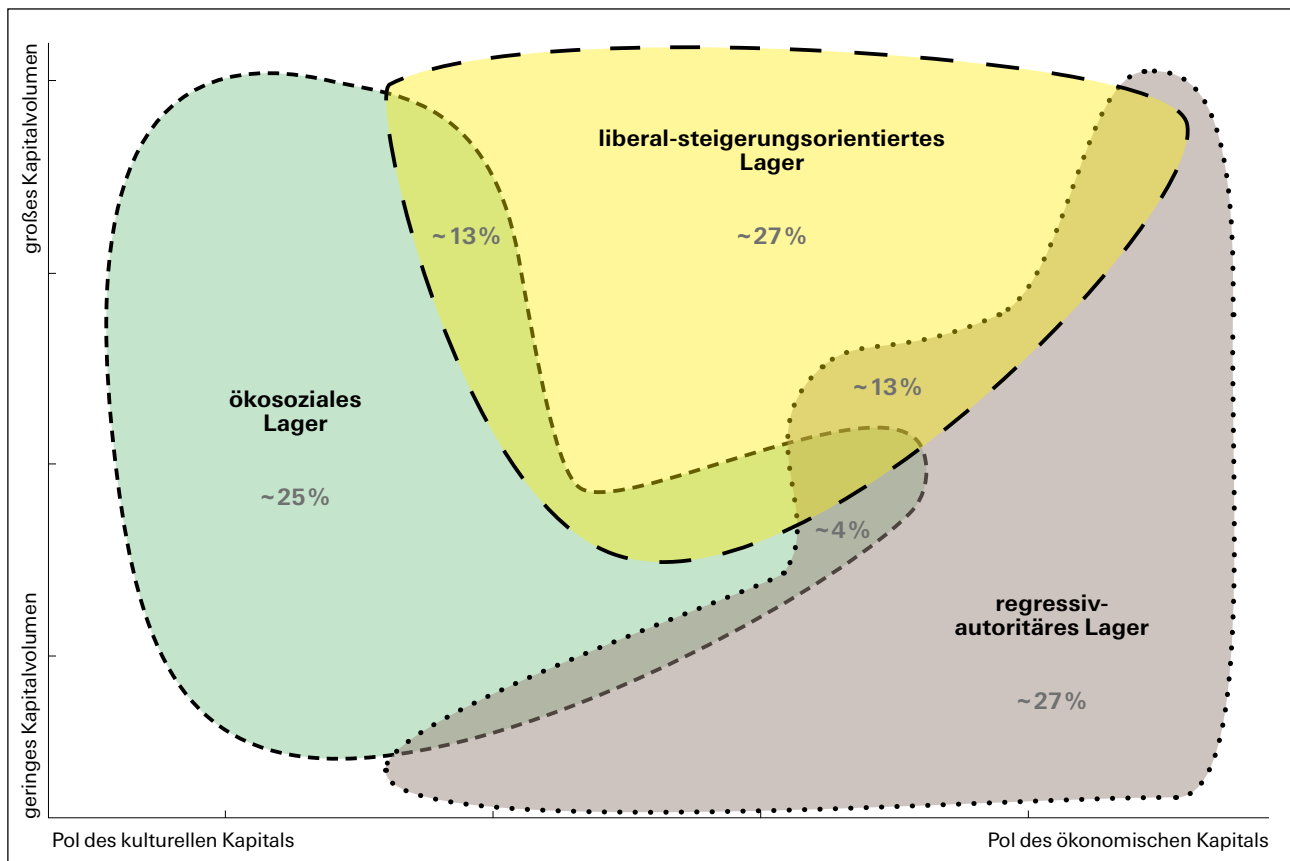
Die genannten Cluster bilden die soziale Basis für alle Kräfte, die einem wie auch immer gearteten ökologischen Umbau skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Die veränderungsfeindlichsten Teile dieses Lagers unterstützen das reaktionäre Hegemonieprojekt. In den Peripherien des Lagers dürften aber auch Unterstützer*innen des fossilistisch-konservativen wie des sozial-defensiven Hegemonieprojekts zu finden sein.

2 «Wir reden [...] über eine horizontale Verschiebung, die auf einen Status als kulturelle und soziale Avantgarden, nicht aber auf eine besonders elitäre Zusammensetzung der Träger:innen dieser Einstellungsmuster verweist – ein Unterschied, auf dem es unbedingt zu beharren gilt, werden doch Elitismusvorwürfe oft von politisch mehr oder weniger interessierter Seite in diese Richtung vorgebracht. Tatsächlich sind die Befragten dieser Cluster im Hinblick auf ihren sozialen Status ausgesprochen heterogen zusammengesetzt, von durchgängig oder vorherrschend materiell privilegierten Situationen kann nicht gesprochen werden, und auch die oft gehörte Unterstellung eines besonders großen ökologischen Fußabdrucks der am stärksten ökologisch orientierten sozialen Gruppen hält der Überprüfung nicht recht stand: In der Tat weisen über die drei Clusterlösungen hinweg alle ökosozial-aktivbürgerlichen und individualistisch-voluntaristischen Cluster signifikant geringere grob errechnete CO₂-Fußabdrücke auf als der Durchschnitt der Befragten.» (Eversberg 2020a: 92 ff.)

Prekär-veränderungsoffene Cluster: Diese Einstellungsmuster bewegen sich zwischen dem ökosozialen und dem regressiv-autoritären Lager unten im sozialen Raum und auf der horizontalen Achse in der Mitte. Sie lassen sich nicht klar einem der Lager zuordnen und verbinden eine starke Prekarisierungserfahrung mit einer prinzipiellen Offenheit für sozial-ökologische Veränderungen. Zusammen mit im

sozialen Raum benachbarten Gruppen und Clustern bilden sie vermutlich eine Basis für das sozial-defensive Hegemonieprojekt. Ihre Ambivalenz macht sie in verschiedene Richtungen anknüpfungsfähig, ohne dass das eigene Ziel dieses Projekts einfach übergangen werden könnte: die Verteidigung prekärer Lebenslagen, ohne diese autoritär zu deuten.

Abbildung 2: Übergeordnete Lager und ihre Verortung im sozialen Raum



Prozentangaben: Anteile der lösungsübergreifend demselben Lager zugeordneten Befragten beim jeweiligen Lager bzw. der wechselnd Zugeordneten in den jeweiligen Schnittbereichen

Quelle: Eversberg 2020b: 105

7 POLITISCHE PROJEKTE UND SOZIOTECHNISCHE REGIME

Um hegemonial zu werden, verfolgen die Akteure der verschiedenen Hegemonieprojekte abgegrenzte politische Projekte einer mittleren Reichweite und die Etablierung neuer soziotechnischer Regime, die die materielle Grundlage für eine neue Produktions- und Lebensweise legen können. Die Präferenzen für solche Projekte und Regime können auch quer zu den Hegemonieprojekten liegen bzw. die Akteure konkurrierender Hegemonieprojekte ringen um deren Gestaltung, um darin ihre Strategien und Ziele durch-

zusetzen. Ferner werden die Konturen der Hegemonieprojekte durch die von ihnen verfolgten Projekte und Regime deutlicher.

Konkret setzen wesentliche Kapitalgruppen und herrschende Kräfte beim ökologischen Umbau der Wirtschaft auf mehrere übergreifende Projekte, die bis zu einem gewissen Grad in Konkurrenz zueinander stehen. Sie stellen zugleich soziomaterielle Varianten eines grünen Kapitalismus dar.

Elektrifizierung: In der Fachdebatte und inzwischen auch bei den meisten herrschenden Akteuren ist klar, dass der Großteil der Energieversorgung elektrifiziert werden muss und alle Sektoren miteinander gekoppelt werden sollen. Das heißt, über die bisherige stromvermittelte Energieproduktion und -nutzung hinaus müssen verschiedene industrielle Prozesse, der Verkehr (Elektroautos, auch Busse und Bahnen) sowie die Wärmeversorgung (über Wärmepumpen) auf Elektrizität als «das neue Öl» umgestellt werden. Das macht einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien und Stromnetzen in Deutschland notwendig – ergänzt um ein integriertes europäisches Stromsystem (Kemfert 2021). Dadurch entstehen wachsende Geschäftsfelder für deutsche Unternehmen. Es kommt aber auch zu Transformationskonflikten in den Abnehmerbranchen. Insbesondere die zukünftige Gestaltung des Verkehrs- und Wärmesektors ist umstritten.

Wasserstoffwirtschaft: So verkörpert das politische Projekt einer Wasserstoffwirtschaft bis zu einem gewissen Grad ein konkurrierendes soziotechnisches Regime. Unstrittig ist, dass Wasserstoff für mehrere Bereiche verwendet werden muss, die kaum anders zu dekarbonisieren sind: die Stahl- und Chemieindustrie sowie Wasserstoff als Speichermedium im Energiesystem; später gegebenenfalls Luft-, Schiffs- und Schwerlastverkehr. Auf diese Felder sollte der Einsatz allerdings beschränkt werden, weil die Produktion von Wasserstoff absehbar energieintensiv und damit teuer und wenig effizient bleiben wird (Witt 2022).

Darüber hinaus setzt sich jedoch eine breite und heterogene Akteurskonstellation, die große Wirtschaftsverbände und -branchen einschließt, dafür ein, die Technologie massiv auszuweiten. Betreiber von Gaskraftwerken und -netzen sowie Gasanbieter und Unternehmen im Feld der CCS-Technologie³ lobbyieren massiv für Wasserstoff. Das sind teils lokale und regionale Unternehmen, aber auch Branchengrößen wie E.ON. Auch Siemens als Technologieanbieter bringt sich in Stellung. Besonders umstritten ist der Einsatz von Wasserstoff in der Wärmeversorgung, wo er die bisherige Rolle von Erdgas übernehmen könnte, und im Pkw-Verkehr. Vor allem Daimler setzt weiterhin auf die Option Brennstoffzellenauto, weil der Konzern hier einen technologischen Vorsprung genießt. Argumentiert wird mit «Technologieoffenheit», die wichtiger sei als eine Fokussierung auf die effizientesten Lösungen.

Die Hoffnung besteht darin, das deutsche Exportmodell und seine Wertschöpfungsketten auf dieser Basis zu verteidigen und in der Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Blöcken die Technologieführer-

schaft zu erlangen. Denn Wasserstoff lässt sich als flexibles Energiemedium prinzipiell überall auf der Welt produzieren und in scheinbar unbegrenzten Mengen nach Deutschland importieren – vorausgesetzt, es wird eine Lösung für den Transport gefunden. Ferner könnten verschiedene Unternehmen auf diese Weise an ihren hergebrachten Geschäftsmodellen und Infrastrukturen festhalten (Gasnetze, Verbrennungsmotoren). Nicht zuletzt erlaubt es ein Wasserstoffregime, den Ausstieg aus dem fossilen Wirtschaftsmodell durch verschiedene Brückenlösungen zu verzögern (Beimischungen; CCS-basierter Wasserstoff; Bau von Gaskraftwerken, die «H2-ready» sind) (Haas/Syrovatka 2022).

Bioökonomie: Als drittes soziotechnisches Regime gewinnen Ansätze einer Bioökonomie an Bedeutung: Die Ressourcenbasis der gesamten Wirtschaft soll von fossilen bzw. endlichen auf natürliche, biogene Rohstoffe umgestellt werden. Auch dieses politische Projekt bildet eine Variante bzw. einen wichtigen Baustein eines grünen Kapitalismus. Die Bioökonomie verspricht eine Kreislaufwirtschaft, die in ihrer vorherrschenden Lesart aber eine konzerndominierte, wachstumsorientierte und hightech-fixierte Wirtschaftsweise bleibt. So investiert die Bundesregierung Milliarden in Förderprogramme. Große Unternehmen der Chemie-, Pharma-, Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie setzen auf neue Produkte und Geschäftsfelder. Im grünen Kapitalismus dürfte die Bioökonomie ein wichtiger, aber begrenzter Bereich werden (Bauriedl 2019).

Digitalisierung: Die genannten Strategien werden von der angestrebten Digitalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche als Metaprojekt überlagert. Digitaler und grüner Kapitalismus beziehen sich wechselseitig aufeinander und bilden zusammen den Entwurf einer neuen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Auch von der deutschen Wirtschaft wird der Umstieg zu einer Green Economy eng mit der Digitalisierung bzw. Industrie 4.0 verknüpft. Sie wird als technologische Basis für den ökologischen Umbau betrachtet, der vor allem auf ein konkurrenzfähiges Hightech-Wirtschaftsmodell zielt (Lange/Santarius 2018; Strüver/Bauriedl 2020). So spricht die «Plattform Industrie 4.0» vom «Lösungsbeitrag der vernetzten Produktion zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft und einer globalen Spitzenposition mit Klimaschutz-Technologien «Made in Germany». Ziel ist es, Deutschland zum Leitanbieter und -anwender für die nachhaltige Industrie 4.0 zu machen.»⁴

Exkurs: Die dena-Leitstudie: Für den deutschen Diskurs spielen die Leitstudien der Deutschen Energie-Agentur (dena), die federführend vom Wirtschafts-

3 Bei der Technologie Carbon Capture and Storage (CCS) wird bei der Verbrennung fossiler Rohstoffe etwa in einem Kraftwerk das CO₂ abgeschieden und langfristig gelagert, sodass es nicht in die Atmosphäre gelangen soll.

4 Vgl. den Internetauftritt der Plattform unter: www.plattform-i40.de/IP/Navigation/DE/Home/home.html.

ministerium kontrolliert wird, eine große Rolle. Die jüngste Leitstudie «Aufbruch Klimaneutralität» präsentiert Szenarien für einen ganzheitlichen, sektorübergreifenden Umbau der deutschen Wirtschaft zu einem grünen, klimaneutralen Kapitalismus bis 2050 (dena 2021). Dabei kooperiert die dena intensiv mit Unternehmen aus den involvierten Branchen, die die Studie zugleich überwiegend finanziert und damit Einfluss auf die Ergebnisse genommen haben. Vor allem die Gasindustrie hat sich massiv in die Erstellung der Studie eingebracht.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, dass die Studie zwar insgesamt eine deutliche Beschleunigung des Umbaus fordert, andererseits aber einen

starken Zubau mit Gaskraftwerken, den breiten Einsatz von Erdgas und später grünem Wasserstoff bzw. synthetischen Gasen im Autoverkehr und im Wärmesektor vorsieht. Hinzu soll der Einsatz von CCS kommen.⁵ Studien der Agora Energiewende und auch des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) gehen von einer viel stärkeren Elektrifizierung des Verkehrs- und Wärmesektors aus (Boston Consulting Group 2021; Prognos et al. 2021). Darin zeigt sich die Konkurrenz der verschiedenen politischen Projekte bzw. soziotechnischen Regime. Die jeweiligen Thinktanks repräsentieren unterschiedlich gewichtete Konstellationen des deutschen Machtblocks, die auf anderen Pfaden zum grünen Kapitalismus führen.

8 DAS STAATLICHE TERRAIN

Die Strategien der konkurrierenden Kapitalfraktionen und die Interessen verschiedener Fraktionen und Milieus der populären Klassen verdichten sich also in Hegemonieprojekten, die sich ihrerseits in die Politiken und Strategien der Parteien und Staatsapparate einschreiben – aber nur in gebrochener, der Materialität und institutionellen Selektivität der Apparate entsprechender Form (Poulantzas 2002).

8.1 NEUE STAATLICHE PROJEKTE

Das zeigt sich insbesondere in längerfristigen strategischen Verschiebungen und neuen Projekten in den europäischen und nationalen Staatsapparaten, die mit den Veränderungen in der politischen Ökonomie und der Zivilgesellschaft und den dort verfolgten politischen Projekten korrespondieren.

Europäischer Green Deal: Die Programmatik des Green Deal der EU markiert eine politisch vorangetriebene Transition in Richtung eines grünen Kapitalismus. Sie materialisiert sich in dem Maßnahmenpaket des Green Deal und in den «Important Projects of Common European Interest». Zugleich ist sie als strategische Antwort auf die mehrfache Krise zu verstehen, in der sich die EU befindet: die Krise der europäischen Integration, die Ungleichheiten innerhalb der EU sowie die wachsenden ökologischen Problemlagen (Haas/Jürgens 2021). Auch der Aufbauplan nach der Corona-Krise reagiert nicht nur auf die sozialen Verwerfungen innerhalb der EU, sondern soll auch den Green Deal forcieren. Ferner wird er mit

einem «europäischen Festungskapitalismus» verbunden, der Europa vor den wachsenden Verheerungen globaler Krisen abschotten soll – ein Moment, das im Zuge der imperialistisch-militärischen Konkurrenz zu Russland und China in Zukunft an Bedeutung gewinnen dürfte (Oberndorfer 2020; Georgi 2019).

Einerseits wird die ökologische Modernisierung des EU-Kapitalismus von zentralen Akteuren des europäischen Machtblocks wie zum Beispiel dem Lobbyismusverband *BusinessEurope* unterstützt und selbst vorangetrieben. Andererseits bleibt diese kapitalistische Strategie widersprüchlich und umstritten, wie sich etwa am Widerstand und Lobbyismus gegen verschiedene ökologische Vorhaben der EU im Rahmen der (Post-)Corona-Politik zeigt (Giegold 2020). Rechte und extrem rechte Kräfte beschwören ohnehin die Dystopie einer drohenden Ökodiktatur in der EU, um sich als Bewahrer einer hergebrachten fossilistischen Ordnung zu profilieren (Neupert-Doppler 2021). Trotz der politischen Widerstände, einer bloß beschleunigten ökologischen Modernisierung und einer nur partiellen Abkehr von neoliberalen Prinzipien ist der Green Deal als eine postneoliberale Strategie der herrschenden Kräfte in der EU zu verstehen. So ist er eng verbunden mit einer Neuausrichtung der Industriepolitik, die stärker auf eine staatliche Steuerung des ökologischen Wirtschaftsumbaus setzt. Hintergrund ist, dass sich die EU in zukünftigen grünen Leitbranchen des Weltmarkts in einer erbitterten Konkurrenz zu den großen imperialen Blöcken (v. a. USA und China) sieht (Schneider 2021).

⁵ Studie der Bundesregierung von Gaslobby gekapert?, solarify, 28.3.2021, unter: www.solarify.eu/2021/03/28/714-studie-der-bundesregierung-von-gaslobby-gekapert/.

Neue Industriepolitik: Die Verschiebungen auf EU-Ebene korrespondieren mit einer strategischen Umorientierung der deutschen Politik, wie sie sich in der «Neuen Industriestrategie 2030» des Bundeswirtschaftsministeriums zeigt (BMW 2019). Im Revival einer stärker interventionistischen, protektionistischen und selektiven Industriepolitik drückt sich eine veränderte strategische Ausrichtung in Teilen der deutschen Bourgeoisie aus. Das neue Programm hat durchaus zu strategischen Kontroversen im deutschen Machtblock geführt. Aber der Trend zu einer proaktiveren Industriepolitik, die vor allem von den oligopolistischen, weltmarktorientierten Fraktionen bzw. Unternehmen getragen wird, ist unverkennbar. Ein wesentliches Feld dieser neuen Industriepolitik ist die «grüne» Transformation, die sich auf einige Schlüsseltechnologien und -branchen konzentriert, die gefördert und vor konkurrierenden Wirtschaftsböcken verteidigt werden müssten (ebd.).

Wasserstoffstrategie: Ein zentrales Projekt dieser neuen Politik ist die Wasserstoffwirtschaft. Dieses findet zum einen seinen Ausdruck in der europäischen Wasserstoffstrategie, die von der Clean Hydrogen Alliance mit Leben gefüllt wird (EU-Kommission o. J.). Das nationale Pendant ist zum anderen die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung und der nationale Wasserstoffrat, der deren Umsetzung begleiten soll. Der Rat ist jedoch von Industrieinteressen dominiert, die auf eine massive und unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten fragwürdige Ausweitung der Wasserstoffwirtschaft drängen. Das Thema ist aber auch in der Bundesregierung bzw. zwischen den Ministerien umstritten. So haben vor allem das Wirtschafts-, Umwelt-, Forschungs- und Verkehrsministerium jeweils eigene Wasserstoffprogramme. Konfliktpunkte im gesellschaftlichen Feld und damit auch zwischen den Ministerien bestehen darin, welches Verhältnis Wasserstoff zum Elektrifizierungspfad haben soll; in welchen Sektoren der Einsatz von Wasserstoff überhaupt sinnvoll ist; welche Wasserstoffmengen in Zukunft realistisch und erstrebenswert sind; zu welchen Anteilen er importiert werden soll und ob auch fossiler bzw. CCS-Wasserstoff langfristig eingesetzt werden soll (Witt 2022).

8.2 DIE POLITISCHEN PARTEIEN

Jenseits der längerfristigen Verschiebungen und Strategien in den deutschen und europäischen Staatsapparaten unterliegen die Auseinandersetzungen auf dem staatlichen Terrain dynamischen Konjunkturen, die sich vor allem in parteipolitischen Strategien und in Wahlen ausdrücken. So verdichtete sich in den jüngeren Entwicklungen und strategischen Umorientierungen der deutschen Parteien sowie insbesondere in der Bundestagswahl 2021 und der neuen Bundesre-

gierung der aktuelle Stand der hegemoniepolitischen Kämpfe. Mario Candeias diagnostiziert: «Noch hat sich keine neue Hegemonie herausgebildet. Vielmehr erleben wir Kämpfe um die Neuzusammensetzung des Machtblocks.» (Candeias 2022a) Die Situation des postneoliberalen Interregnums ist von vielfältigen gesellschaftlichen Konfliktlinien und Fragmentierungen geprägt.

Diese Konstellation erklärt auch eine augenscheinliche Ambivalenz oder gar Diskrepanz, sowohl in der Bevölkerung als auch aufseiten der Parteien: Einerseits gibt es ein starkes Momentum, dass die neue Regierung eine effektive Strategie formulieren muss, wie angesichts der vielfältigen Krisen in den nächsten 20 Jahren der grundlegende ökologische Umbau der Produktions- und Lebensweise gelingen kann. Andererseits existiert gerade in der Krisenkonstellation ein verbreiteter Wunsch nach Normalität und Kontinuität, der nahelegt, den Pfad des moderierenden Regierens und der allenfalls schrittweisen, kontrollierten Modernisierung fortzusetzen. Der ökologische Umbau ist zwar für viele Wähler*innen ein zentrales Thema. Für die Wahlentscheidung war jedoch für nicht wenige die soziale Gerechtigkeit wichtiger (Ehling 2021; Kahrs 2021).

Union: Die wechselnden Koalitionen unter Angela Merkel standen für dieses Ausbalancieren aller (machtvollen) Interessen, sodass die ökologische Modernisierung des deutschen Kapitalismus allenfalls gebremst vorangeschritten ist. Deswegen waren die einzelnen Politiken auch widersprüchlich und der ökologische Umbau blieb begrenzt, was sich nicht zuletzt 2019 im Klimapaket der Großen Koalition niederschlug. Das Modell Merkel scheint sich erschöpft zu haben.

Nachdem die asymmetrische Demobilisierung und die Politik der Mitte von Merkel lange Zeit erfolgreich waren, ist die Union nun in eine tiefe Krise geraten. Diese Krise ist nicht nur situativ zu erklären, sondern Ausdruck eines langfristigen Niedergangs der letzten deutschen Volkspartei. Ihr liegen gesellschaftliche Umbrüche und eine Erosion des klassischen Konservatismus zugrunde, die sich in einer inhaltlichen Erstarrung bzw. nach der letzten Bundestagswahl in internen Personalkämpfen ausdrücken. Die Union ist eingeklemt auf der einen Seite zwischen der rechts-nationalen AfD und der wirtschaftsliberalen FDP und auf der anderen Seite den erstarkten Mitte-links-Parteien SPD und Grüne. Sie hat bei der Bundestagswahl in alle Richtungen verloren (Ehling 2021; Kahrs 2021; Bischoff 2020).

Zuletzt unter Armin Laschet und nun unter Friedrich Merz positioniert sich die Union eher gegen einen ambitionierten ökologischen Umbau des deutschen Kapitalismus und bringt sich damit als Repräsentant des fossilistisch-konservativen Hegemonieprojekts in Stellung. Zugespitzt formulierte Susanne Götze: «Am liebsten wäre es den meisten Konservativen, wenn die alte Welt durch technische Innovationen einfach so

bleiben könnte, wie sie ist – mit Autobahnen ohne Tempolimit für die Diesel-SUVs, Betonwüsten in Innenstädten und Billigfleischfabriken.» (Götze 2021) Doch CDU und CSU können sich nicht vollständig gegenüber den Umbrüchen in der Ökonomie und in der Wählerschaft verschließen. Die Strategie der politischen Kontinuität und «allmählichen Weiterentwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft» (Bischoff 2020) stößt an ihre Grenzen. Die Union muss sich zumindest taktisch dem grün-kapitalistischen Projekt öffnen. Denn «alle Projekte, die sich als hegemoniale aufstellen wollen – auch Kräfte, die künftig an Regierungen teilhaben wollen (etwa die CDU/CSU) –, müssen sich in der Frage der ökologischen Krise positionieren und entsprechende Transformationsstrategien vorschlagen und verfolgen – oder sich eben mit untergeordneten Positionen im Machtblock begnügen» (Candeias 2022a).

Grüne: Der öffentliche Diskurs um die Klimakrise und das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Bundesregierung ihre Klimapolitik deutlich verschärfen muss, erzeugen einen Handlungsdruck und rufen nach einer politischen Kraft, die die gesellschaftlichen Herausforderungen produktiv bearbeitet. Genau diese Rolle versuchen die Grünen zu übernehmen. Ihr partieller Auftrieb ist einerseits ein konjunkturelles Phänomen und der Schwäche der Union geschuldet. Andererseits verdichten sich darin längerfristige Verschiebungen in der Gesellschaft.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 formulierte die Partei explizit den Anspruch, den deutschen Kapitalismus ökologisch umzubauen, um den Klimazielen von Paris gerecht zu werden. Das wollte sie mit moderaten sozialen Reformen und einer gesellschaftspolitischen Modernisierung verbinden – einem progressiven Green New Deal. Mit diesem Programm wollten die Grünen nach der Corona-Krise den Aufbruch in «eine neue Epoche» schaffen. Für die Verwirklichung dieses Projekts strebte die Ökopartei nicht nur die Kanzlerschaft an, sondern wollte auch die gesellschaftliche Führung übernehmen. Sie verkörpert den parteipolitischen Gegenpol zur Neuen Rechten, ist gegenwärtig die wichtigste Kraft des Sozialliberalismus und verbindet diesen mit dem grünen, ökologischen Paradigma (Bischoff et al. 2021; Nagel 2020; Olschanski 2020). Ihr Aufstieg markiert «eine Erneuerungsbewegung im bürgerlich-liberalen Feld» (Becker/Nagel 2021). Die grüne Partei repräsentiert damit klar das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt – und zwar seinen progressiven Flügel. Sollte sie Erfolg haben, «liefere [das] auf einen neuen, begrenzten Klassenkompromiss auf der Grundlage eines Modernisierungsprojekts hinaus» (ebd.).

Zwar haben die Grünen bei der Bundestagswahl deutlich zugelegt. Sie konnten aber nicht zur neuen parteipolitischen Hegemonialmacht werden. Das hat damit zu tun, dass die gesellschaftliche Konstellation ambivalent geblieben ist. Der soziale Raum ist durch eine verstärkte Ausdifferenzierung, mithin Polarisierung

etwa der Habitusformen, Weltanschauungen und ökonomischen Lebensbedingungen geprägt. Der Wunsch nach einem politischen Aufbruch in Teilen der Bevölkerung steht in einem Spannungsverhältnis zu dem fortbestehenden Wunsch nach Sicherheit, Berechenbarkeit und Kontinuität, wie es das Modell Merkel verkörperte. Vor allem sind nur Minderheiten zu den mit einem konsequenten ökologischen Umbau verbundenen einschneidenden (und womöglich sozial belastenden) Reformen bereit (Kahrs 2021). Die Partei wird weiterhin mehrheitlich von Frauen*, jungen und mittelalten Menschen, Hochgebildeten und besser Situierten, Bürger*innen aus westdeutschen Groß- und Universitätsstädten sowie aus den neuen Mittelschichten gewählt. Im sozialen Raum ist ihre Basis damit relativ klar im linken Teil des sozialen Raums verortet, mit einem Schwerpunkt in den privilegierten Segmenten, aber auch mit Unterstützung aus den jüngeren und teils prekären sozialen Gruppen (Ehling 2021). Sie repräsentiert vor allem das ökosoziale, in Teilen auch das liberal-steigerungsorientierte Lager.

SPD: Die SPD ist nach einer lang anhaltenden Phase der Schwäche und des Niedergangs zu einer relativen Stärke zurückgekehrt. Bundeskanzler Olaf Scholz verkörpert einerseits ein Anknüpfen an die Merkel-Politik der progressiv-bürgerlichen Berechenbarkeit, andererseits einen Deal mit dem linken Parteiflügel, der auf eine moderate soziale Reformagenda setzt. Die SPD hat bei der Bundestagswahl vor allem davon profitiert, dass viele Wähler*innen in ihr die glaubwürdigste Kraft sehen, die ihnen mehr soziale Gerechtigkeit bringen kann. Mit ihrer sozialen und leistungsorientierten Programmatik spricht sie sowohl die arbeitnehmerische Mitte als auch prekäre soziale Gruppen an (Bischoff et al. 2021; Ehling 2021; Lucke 2021). Die Partei hat allerdings wenig klare sozialstrukturelle Schwerpunkte und Hochburgen. Bei der Bundestagswahl wurde sie vor allem von älteren, wenig von jungen Menschen gewählt; überdurchschnittlich von geringer Gebildeten; in Ost und West etwa gleichermaßen. Auch im sozialen Raum hat sie wenig Schwerpunkte, sondern eher ein «flaches Milieuprofil» (Kahrs 2021).

Ähnlich wie die Grünen setzt die SPD auf einen ökologischen Umbau des Modells Deutschland mit einer starken Betonung einer grünen Industriepolitik, allerdings gebremster als bei den Grünen und unter Bewahrung der Interessen etablierter Unternehmen und Belegschaften. Die SPD-Politik repräsentiert einen Kompromiss zwischen dem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt (in der Variante einer gemäßigten ökologischen Modernisierung) und dem sozial-defensiven Projekt bzw. in Teilen auch dem fossilistisch-konservativen Projekt.

FDP: Die FDP setzt im Gegensatz zu Grünen und SPD im Kern auf eine klassisch neoliberale Programmatik: Schuldenbremse, schlanker Staat, keine aktive öffentli-

che Investitionstätigkeit, Vertrauen auf den Markt. Das kombiniert sie mit einem klaren Bekenntnis zu gesellschaftspolitisch liberalen Positionen und einer ökonomischen Modernisierung. Die Partei wird vor allem von Menschen mit hohem Einkommen und führenden beruflichen Positionen gewählt; verstärkt von Männern* und in den prosperierenden Gegenden Westdeutschlands – insbesondere bei der Bundestagswahl von vielen jungen Menschen. Im sozialen Raum liegen die Hochburgen der FDP in den oberen Segmenten – und zwar in den aufgeschlossenen, modernen Milieus, aber auch in den konservativen Eliten. Diese sind zum liberal-steigerungsorientierten Lager zu zählen. Durch die Verankerung im konservativen Establishment ist auch zu erklären, dass überdurchschnittlich viele FDP-Wähler*innen Migration und starke gesellschaftliche Veränderungen ablehnen – vor allem wenn sie ihre Freiheitsrechte einer unbegrenzt imperialen Lebensweise bedrohen (Redecker 2021).

Vor diesem Hintergrund ist die Positionierung der FDP in der ökologischen Frage zu verstehen: Sie hat seit Kurzem ihren Widerstand gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien aufgegeben und bekennt sich nun zu einem ökologischen Umbau. Dieser müsse aber wesentlich auf Digitalisierung bzw. Hightech, Entbürokratisierung sowie auf technologischen Lösungen basieren – insbesondere auf einem massiven Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. In diesem Sinne propagiert sie Technologieoffenheit vor Energieeffizienz. Der Exporterfolg des deutschen Kapitals und die imperiale Lebensweise ihrer Klientel sollen in keiner Weise beeinträchtigt werden. Die FDP vertritt also das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt (in der Variante einer stark technologie- und wachstumsorientierten Green Economy), hat aber auch starke Bezüge zum fossilistisch-konservativen Projekt.

AfD: Durch die letzte Bundestagswahl ist die AfD trotz leichter Verluste gefestigt. Sie hat offenbar zur Herausbildung eines eigenen rechten Milieus und damit einer Stammwählerschaft vor allem in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt beigetragen. Dieses Milieu und seine Partei haben sich in den letzten Jahren politisch radikalisiert und dadurch ein Stück weit vom Rest der Gesellschaft entkoppelt. Trotzdem können sie weiterhin die gesellschaftliche Entwicklung von rechts beeinflussen (Ehling 2021; Kahrs 2021). Die AfD vertritt eindeutig das reaktionäre Hegemonieprojekt, was sich daran zeigt, dass sie zum Beispiel die Energiewende oder Elektroautos ablehnt und mithin den Widerstand gegen eine vermeintlich im Zuge der Klimapolitik aufziehende Ökodiktatur als zentrales Narrativ aufbaut (Neupert-Doppler 2021).

DIE LINKE: Der Fokus dieser Studie liegt nicht auf der Partei DIE LINKE, sondern eher darauf, die gesellschaftlichen Bedingungen zu verstehen, unter denen gesellschaftliche und parteipolitische Linke strategisch agieren müssen. Dennoch sei darauf hingewie-

sen, dass trotz der aktuellen Krise der Partei ihr Wählerpotenzial weiterhin bei 18 Prozent liegt – in modernen urbanen Milieus, aber durchaus auch überproportional in ärmeren und prekären Milieus (Candeias 2022b). In Bezug auf ihre Positionen und ihre Praxis lassen sich DIE LINKE und ihre verschiedenen Strömungen dem progressiven Flügel des grün-kapitalistischen Projekts, dem emanzipatorischen und dem sozial-defensiven Projekt zurechnen. Da viele potenzielle Wähler*innen und Unterstützer*innen gerade in der Verbindung von sozialen und ökologischen Politiken eine zentrale Aufgabe für die LINKE sehen, besteht die Herausforderung für die Partei darin, eine glaubwürdige und verbindende sozial-ökologische Programmatik im Sinne eines systemüberschreitenden Green New Deals zu entwickeln (Riexinger 2020).

8.3 DIE AMPELKOALITION

Trotz ihrer Widersprüche verständigten sich die drei Parteien der neuen Ampelkoalition auf eine Programmatik, die einen forcierten Übergang zu einem grünen Kapitalismus einleiten kann. In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Ampel zu den Zielen des Klimaschutzgesetzes, das sie in naher Zukunft novellieren will. Gleichzeitig plant sie ein Klimaschutz-Sofortprogramm, um ihre ehrgeizigen Ziele umzusetzen. Die Bundesregierung beschleunigt den Ausbau erneuerbarer Energien, bereitet einer Wasserstoffwirtschaft den Weg und bringt in vielen Bereichen den ökologischen Umbau voran (Witt 2021).

Allerdings verzichtet der Koalitionsvertrag weitgehend auf ordnungsrechtliche Vorgaben oder staatliche Investitionsprogramme. Der Wandel soll von den privaten Marktkräften getrieben werden, die innovative technologische Lösungen für alle Probleme schaffen. Es wird ganz auf grünes Wachstum gesetzt, um die imperiale Lebensweise in keiner Weise durch eine tiefgehende gesellschaftliche Transformation angreifen zu müssen. Vor diesem Hintergrund wird die Regierung voraussichtlich an ihren eigenen Zielen scheitern und neue Widersprüche hervorbringen (Wissen 2021; Candeias 2022a).

Denn *erstens* reichen die ergriffenen und geplanten Maßnahmen nicht aus, um Deutschland noch auf einen Pfad zu bringen, der mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel ist. Zu groß sind die ökonomischen und politischen Widerstände, Pfadabhängigkeiten und institutionellen Trägheiten. Mit den bisher formulierten Vorhaben bewegt sich die Koalition eher in Richtung zwei Grad. Das wird absehbar zu Enttäuschungen bei den klimapolitisch vorantreibenden Bewegungen und Milieus führen. *Zweitens* verbindet die Regierung ihre grün-kapitalistische Reformagenda kaum mit einer sozialpolitischen Flankierung oder gar einem neuen Modell von sozialer Sicherheit und Wohlstand. Ange-

sichts zu erwartender Preissteigerungen wichtiger Güter und durch ökologische Politiken ausgelöste Verteilungskonflikte fehlt ein Transformationsprogramm, das das Ökologische konsequent mit dem Sozialen zusammenbringt – erkennbar besonders an der Krise der steigenden Energiepreise und dem Unvermögen, effektive soziale Ausgleichsmaßnahmen für die am stärksten Betroffenen mit ökologischer Lenkungswirkung und einer entsprechenden Gegenfinanzierung (z. B. über eine Übergewinnsteuer) zu verknüpfen.

Drittens werden die konträren politisch-weltanschaulichen Ausrichtungen der Koalitionspartner zunehmend zu einem Hindernis. Die FDP verweigert sich einem Aufweichen der Schuldenbremse und Steuererhöhungen, die eigentlich notwendig wären, um die massiven anstehenden Investitionen in den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu bezahlen – und ihn sozial auszugestalten. So muss die öffentliche Hand in den nächsten 10 bis 15 Jahren 50 bis 60 Milliarden Euro jährlich aufbringen. Ohne politische Umverteilungsmechanismen wird die breite Masse der Menschen diese Kosten direkt oder indirekt tragen müssen. Das dürfte nicht nur zu einer sinkenden Akzeptanz der Transition führen, sondern auch «die sozialen Kämpfe um die Ausgestaltung der Umbrüche rasant anwachsen [lassen]» (Witt 2021).

Schließlich gerät die grüne Reformagenda der Ampel in Widerspruch zur aktuellen Kriegs- und Aufrüstungspolitik. Zwar will die Regierung angesichts der Versorgungskrise einerseits die Energiewende beschleunigen – und neben dem Ausbau erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung auch die Wärmepumpe verstärkt fördern. Andererseits gewinnt die Wasserstoffwirtschaft an Auftrieb: Viele Akteure fordern, in den nächsten Jahren massiv die Wasserstoffproduktion hochzufahren und Wasserstoff auch in eigentlich ineffizienten Bereichen einzusetzen. Ferner könnten mit dem forcierten Aufbau von Flüssigerdgas-Terminals (LNG) infrastrukturelle Fakten geschaffen werden, die

ein fossilistisches System auf Basis von (Fracking-) Gas festschreiben. Die Bundesregierung unterstützt unter Federführung des grün geführten Wirtschaftsministeriums diese Strategie. Nicht zuletzt dürfte es in Anbetracht der hohen Rüstungsausgaben und des Festhaltens an einer restriktiven Finanzpolitik mittelfristig zu Finanzierungskonflikten kommen.

Dementsprechend widersprüchlich bzw. differenziert wird auch die Unterstützung in der Bourgeoisie und in den lohnabhängigen Klassen und Milieus für das Programm der Ampel sein. So könnte die neue Bundesregierung dem deutschen Kapital durchaus erhebliche Umstellungen abverlangen. Sie könnte wesentlichen Kapitalen aber auch neue Geschäftsfelder erschließen. Die neue Koalition formuliert eine Einladung an die Bourgeoisie, mit grüner Politik die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den globalen Märkten für innovative Klimatechnologien zu stärken. Auf diese Weise könnte die neue Regierung ferner Teile des ökosozialen Lagers einbinden. Zugleich würde sie ein neues Angebot der Identifikation und des Wohlstands an das liberal-steigerungsorientierte Lager machen: Ihr könnt eure imperiale Lebensweise fortsetzen – aber auf Basis einer grünen Wirtschaftsform. Insbesondere jene Teile der lohnabhängigen Klassen, die sich von einem grünen Kapitalismus ökonomische Vorteile versprechen können oder die ihre Betriebe erfolgreich umstellen könnten, dürften das Projekt mittragen.

Nur dem regressiv-autoritären Lager und solchen Klassenfraktionen, deren materielle Reproduktionsbasis von einem starken Wandel bedroht ist, hat die neue Regierung kaum etwas zu bieten. Diese Gruppen drohen entweder sozial marginalisiert zu werden und keinen Platz in einem grünen Kapitalismus zu finden. Oder sie radikalisieren sich weiter und bilden mit chauvinistischen Teilen des fossilistisch-konservativen Projekts einen starken rechten Minderheitsblock gegen eine ökoliberale Regierung.

9 ENTWICKLUNGEN IN ZENTRALEN GESELLSCHAFTLICHEN FELDERN

Um zu verstehen, welche konkreten Formen die fünf Hegemonieprojekte und ihre Auseinandersetzungen annehmen, ist es wichtig, die Bedingungen, Kämpfe und Veränderungen in zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeldern zu analysieren.

9.1 STROM UND WÄRME

Das gesellschaftliche Feld der Energieversorgung, genauer der *Stromproduktion*, repräsentierte über

Jahrzehnte prototypisch den Konflikt zwischen *grauem* und *grünem* Hegemonieprojekt: Auf der einen Seite standen die dominierenden Stromkonzerne, die mit ihren grundlastbasierten Atom- und Kohlekraftwerken die Erzeugung von Elektrizität bestimmten. Dagegen entwickelte sich aus einer minoritären Position heraus ein Netzwerk *grüner* Akteure und Kapitalgruppen, die den sukzessiven Ausbau erneuerbarer Energien voranbrachten, der auch ökonomisch weitgehend unter ihrer Kontrolle

blieb. Mit dem energiepolitischen Kompromiss der Regierung Merkel nach dem Super-GAU von Fukushima 2011 bzw. spätestens mit dem Kohlekompromiss von 2019 wandelte sich diese Konstellation grundlegend (Sander 2016).

Inzwischen ist unstrittig, dass die erneuerbaren Energien die Stromproduktion bestimmen werden. Zwar haben die klassischen Akteure der Energiewende (Privathaushalte, Energiegenossenschaften, Landwirt*innen, mittelständische Unternehmen) immer noch relevante Anteile an dem Markt. Doch mit der Umstellung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Richtung großer Anlagentypen (v. a. Offshore-Windenergie) und Ausschreibungsverfahren übernehmen sukzessive große Energieunternehmen und Finanzmarktakteure die Branche. Zugleich wurden den Stromkonzernen 2011 lange Restlaufzeiten für die Atomkraftwerke garantiert. Auch die Kohlekraftwerke dürfen sie nach bisherigem Stand noch bis 2038 betreiben. RWE hält zwar so lange wie möglich an der Kohlekraft fest, etabliert sich aber gleichzeitig als zentraler Player bei den grünen Energien. E.ONs Geschäftsmodell basiert inzwischen vollständig auf Stromhandel, -vertrieb und -netzen. Nur der tschechische Finanzinvestor EPH setzt unvermindert auf die ostdeutsche Braunkohle und auf ein Scheitern der deutschen Energiewende (Sander et al. 2021; Sander et al. 2020).

Die neue Bundesregierung will den Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigen: Bis 2030 sollen sie 80 Prozent des Stroms liefern. Dafür muss der jährliche Zubau von Wind-Onshore- und Offshore- sowie Photovoltaik-Anlagen erheblich gesteigert werden. Das ganze Strommarktdesign – also der regulierende Rahmen, der den Einsatz bzw. die Vorkhaltung und die Vergütung von Produktionskapazitäten steuert, um Angebot und Nachfrage zur Deckung zu bringen – soll auf diese volatilen Energieformen umgestellt werden. Denn die Erneuerbaren spielen eine Schlüsselrolle bei der Elektrifizierungsstrategie. Deswegen beabsichtigt die Regierung, Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen und politische Hürden abzubauen. Im Gegenzug sollen Standortkommunen stärker von den Erträgen profitieren und die Bedingungen für Bürgerenergien wieder verbessert werden. Dennoch dürften sich die Energiekonflikte um neue Anlagen und Netze in den Regionen deutlich verschärfen (Witt 2021).

Ferner strebt die Bundesregierung an, das Ende der Kohle – wenn möglich – auf 2030 vorzuziehen. Ob sich das tatsächlich durchsetzen lässt, ist bisher aber ungewiss. In jedem Fall ist mit starken sozial-ökologischen Transformationskonflikten in den Revieren zu rechnen (Dörre et al. 2020). Denn einerseits werden die Akteure der Klimabewegung weiter für einen tatsächlichen Kohleausstieg kämpfen. Andererseits bietet die von den vorherrschenden Akteuren vor Ort

geplante grün-kapitalistische Transition der fossilistischen regionalen Naturverhältnisse für viele Beschäftigte und Betriebe in den Regionen kaum eine Perspektive (Sander et al. 2021; Sander et al. 2020).

Schließlich spiegeln sich im Koalitionsvertrag auch die Strategien des gasbasierten Pfads bzw. der Wasserstoffwirtschaft wider. Das zeigt sich zum einen daran, dass die Regierung massiv auf Wasserstoff setzt und diesen nicht auf die unvermeidbaren Bereiche beschränken will. Zum anderen wird durch den Zubau von neuen Gaskraftwerken, LNG-Terminals und eine Offenheit für Wasserstoff, der auf Erdgas oder CCS basiert, Unternehmen der Gasbranche eine Perspektive eröffnet, ihr fossilistisches Geschäft noch für eine längere Frist fortzusetzen.

Im Stromsektor formiert sich also ein grün-kapitalistisches Hegemonieprojekt, dessen Kern in der weitgehenden Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien als neue energetische Basis des deutschen Kapitalismus besteht. Daran sind zunehmend die großen Energieunternehmen als ehemalige Kernakteure des *grauen* Projekts beteiligt. Auch die Energiewende-Akteure des *grünen* Projekts werden darin integriert. Zugleich drückt sich im sehr späten Kohleausstieg und in der gasbasierten Strategie ein Kompromiss mit dem fossilistisch-konservativen Projekt aus.

Widerstand gegen die Energiewende kommt von den rückwärtsgewandten Kräften in diesem Projekt sowie vom reaktionären Projekt. Er zeigt sich in den fossilistischen Strategien des Finanzinvestors EPH, in den lokalen Protesten gegen Erneuerbare-Energien-Anlagen und in den konservierenden Tendenzen in den Kohlerevieren. Demgegenüber artikuliert sich das emanzipatorische Projekt am ehesten in den Aktionen gegen Kohle- und Gasindustrie, in Kampagnen für Rekommunalisierungen und in Initiativen der Bürgerenergie. Steigende Strompreise für Privathaushalte und die nach wie vor prekären Arbeitsbedingungen in der Erneuerbaren-Branche, die zugleich volkswirtschaftlich immer wichtiger wird, könnten auch dem sozial-defensiven Projekt Auftrieb geben.

Etwas anders stellt sich die Konstellation in der *Wärmerversorgung* dar, die lange Zeit weniger im Fokus politischer Akteure stand, obwohl die Herausforderungen dort ähnlich groß sind wie im Stromsektor. Trotz oder gerade wegen der Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus des Wärmesektors passiert in den meisten Kommunen bisher relativ wenig in diese Richtung bzw. die Bemühungen bleiben widersprüchlich und geschehen nur schrittweise. Das ist mit technologischen und regulatorischen Herausforderungen, den Pfadabhängigkeiten, den Interessen der zentralen Unternehmen und sozialen Verteilungskonflikten zu erklären. Deshalb will die Bundesregierung nun eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung angehen (Sander/Wohlfahrt o. J.).

Auf der *Erzeugungsseite* basiert die Wärmeversorgung in Deutschland zum Großteil auf Erdgas, Kohle und Mineralöl – teils vermittelt über Fernwärme. Die Rolle von erneuerbaren Energien ist bisher gering. Der Markt wird von Energiekonzernen, mittelgroßen Gasunternehmen und Regionalversorgern sowie von Stadtwerken kontrolliert. Die bisher fortbestehende Dominanz einer fossilistischen Erzeugung wird aber auch in diesem Feld von grün-kapitalistischen Strategien herausgefordert. Dabei konkurrieren die drei oben skizzierten soziotechnischen Regime miteinander.

Zwar prägen bisher biogene Brennstoffe die erneuerbaren Anteile an der Wärmeerzeugung. Es ist jedoch relativ klar, dass der *bioökonomische* Pfad kein großes Potenzial in diesem Bereich hat. Demgegenüber setzen sich die Gaslobby und ihre politischen Verbündeten stark dafür ein, den *gasbasierten* Pfad zu erhalten, indem Gasnetze und Heizkraftwerke perspektivisch auf (grünen) Wasserstoff umgestellt werden. Obwohl dieser Weg ineffizient und teuer ist, schließt die Regierung ihn nicht aus – vermutlich ein Zugeständnis an die FDP. Denn von einem breiten Spektrum insbesondere wirtschaftsnaher Akteure wird inzwischen die Strategie verfolgt, die Wärmewende vor allem erzeugungsseitig mithilfe von scheinbar unbegrenzt einsetzbarem Wasserstoff zu lösen, ohne dass Energie eingespart werden muss. Dahinter steht im Kern der Versuch der Gasunternehmen, ihr Geschäftsmodell zu verteidigen.

Dem steht ein *strombasierter* Pfad gegenüber, der auf Wärmepumpen als Schlüsseltechnologie setzt. Sie können sowohl in einzelnen Gebäuden als auch in der Fernwärme eingesetzt werden. Auch die Bundesregierung fördert inzwischen die Technologie mit einem eigenen Programm (Witt 2022). Die Wärmepumpe steht in der praktischen Umsetzung allerdings noch vor verschiedenen Herausforderungen und setzt in der Regel voraus, dass Gebäude relativ energieeffizient sind. Gerade die Wärmepumpe ist also mit der *nachfrageseitigen* Strategie verbunden, die Energieeffizienz zu steigern und den Verbrauch zu senken. Klimapolitisch ist die Sanierung von großen Teilen des Gebäudebestands in jedem Fall nötig, um Emissionen einzusparen und um zukünftig zu hohe Bedarfe an erneuerbarer Wärme zu vermeiden. Politisch setzen sich am ehesten klassisch *grüne* Akteure für die Kombination aus Elektrifizierung und Sanierung ein: Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitute sowie mittelständische Unternehmen und Verbände aus der Branche (z. B. Bundesverband Wärmepumpe).

Allerdings führen nicht nur die steigenden Heizkosten, sondern auch die Sanierungen, die eigentlich entlastend wirken sollen, zu sozialen Belastungen und Ungleichheiten. Energetische Sanierungen wirken unter den aktuellen Marktbedingungen als Mietpreistreiber und verschärfen die räumliche Verdrängung ärmerer und migrantischer Bevölkerungsgruppen

(Großmann 2020; Pallaver 2019). Ferner sind auch die Handwerksbetriebe, die für technologische Umrüstungen und Modernisierungen zuständig sind, von prekären Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen geprägt. Linke Akteure und Mietervertretungen wenden sich klar gegen solche Maßnahmen, die die Mieten in die Höhe treiben. Viele Mieterinitiativen sind sogar aus Protest gegen energetische Sanierungen entstanden. Auch die Gewerkschaft IG BAU positioniert sich beispielsweise gegen einseitige Belastungen für Mieter*innen. Zwar arbeiten ihre Mitglieder in diesem Feld, sie müssen sich aber von ihren oftmals niedrigen Löhnen auch die Mieten leisten können.

Im Wärmesektor weicht also die aktuelle Konstellation der Hegemonieprojekte von derjenigen im Stromsektor ab. Im Wärmesektor besitzen die Akteure des fossilistisch-konservativen Projekts größeren Einfluss, weil hier Gas- und Fernwärmeunternehmen die Versorgungsstrukturen dominieren. In den letzten Jahren formiert sich allerdings auch in diesem Sektor ein grün-kapitalistisches Projekt: Zum einen zeigt es sich in der Strategie der vorherrschenden Akteure, mittelfristig die Wärmeversorgung erzeugungsseitig auf Wasserstoff und andere «grüne» Gase umzustellen, ohne die grundlegenden Strukturen in dem Sektor zu verändern. Zum anderen manifestiert es sich in der Strategie Elektrifizierung plus Sanierung, die aus dem klassischen *grünen* Hegemonieprojekt kommt. In diesem Bereich sind (bisher) *grüne* Kapitalgruppen eher schwach und finden sich vor allem in den Teilbranchen für Wärmepumpen, Solarthermie oder biogene Brennstoffe.

Das sozial-defensive Projekt artikuliert sich deutlich in Form von Mieterverbänden und -bewegungen, die gegen Belastungen für Mieter*innen durch steigende Heizkosten und energetische Sanierungen kämpfen. Das emanzipatorische Projekt ist in diesem Feld klar auf der Seite dieser Kämpfe zu verorten. Kaum präsent ist jedoch eine Programmatik, die soziale und ökologische Ziele der Wärmewende konsequent verbindet – etwa im Projekt einer Vergesellschaftung des Wärme- und Immobiliensektors.

9.2 VERKEHR UND MOBILITÄT

Im Mobilitäts- und Verkehrsbereich ist kein Abrücken vom motorisierten Individualverkehr in Sicht. Die deutschen Autokonzerne bilden die mächtigste Leitbranche in der Bundesrepublik. Trotz aller Krisen und Umbrüche der letzten Jahre sind sie ökonomisch stark aufgestellt. Vor allem in den nationalen und europäischen Staatsapparaten, aber auch in kommunalen Verwaltungen und Planungsbehörden sind die Interessen der Autoindustrie fest verankert (Balsmeyer/Knierim 2018). Ferner ist der Pkw stark in die Bedürfnisstrukturen und Alltagsroutinen der

«automobilen Subjekte» eingewoben (Manderscheid 2014). Für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung ist der Pkw nicht nur unverzichtbar im Alltag, sondern auch ein Symbol für Unabhängigkeit, Komfort und Wohlstand. Statistisch nutzen vor allem männliche* Personen mit guten Einkommen und höheren beruflichen Positionen weit überdurchschnittlich das Auto. Gleichzeitig geriet das Auto zuletzt aber auch verstärkt in die Kritik – und damit die Branche in die Defensive. Der Dieselskandal sowie die folgenden Milliardenstrafen und Fahrverbote erschütterten die Autoindustrie. SUVs (Sport Utility Vehicles) sind in Teilen der Öffentlichkeit zum Symbol für eine rückwärtsgewandte Technologie geworden. Unter dem Eindruck der erstarkenden Klimabewegung verabschiedete die EU trotz des politischen Einflusses der Autoindustrie relativ ambitionierte CO₂-Grenzwerte (Haas/Sander 2020). Dessen ungeachtet verteidigen viele Autonutzer*innen und rechte Akteure (wie die AfD) in aggressiver Weise Diesel, SUVs und die automobilen Lebensweise.

Nachdem die deutschen Unternehmen lange an ihrem Kerngeschäft, dem Bau hochpreisiger Verbrennungsmotoren, festgehalten haben, hat nun auch bei den deutschen Autobauern ein strategisches Umsteuern in Richtung E-Auto eingesetzt (Haas/Jürgens 2019). Allerdings führt der technologische Wandel zu massiven ökonomischen und beschäftigungspolitischen Umbrüchen in der Branche. Vor allem viele Zulieferer drohen ihre Geschäftsgrundlage zu verlieren und bauen Stellen ab. Sie sind politisch wohl zu schwach, den Verbrennungsmotor zu verteidigen, und sind insofern eher Verlierer als Bremser der Transition (Köncke 2022).

Zugleich droht mit dem Elektroauto die notwendige Verkehrswende auf eine *Antriebswende* beschränkt zu bleiben (Schwedes 2011). Außerdem versuchen die Hersteller, noch möglichst lange am Verbrennungsmotor festzuhalten. Daimler setzt beispielsweise weiterhin auf Brennstoffzellenautos als strategische Option, weil der Konzern über technologische Expertise in dem Bereich verfügt. Auch die Bundesregierung will die Entwicklung von Autos unterstützen, die mit wasserstoffbasierten synthetischen Kraftstoffen betrieben werden. Druck für ein Ende des Verbrennungsmotors bis 2035 kommt dagegen von der EU. Denn eigentlich ist klar, dass mit grünen Gasen betriebene Autos keine konkurrenzfähige Option sind und der Weltmarkt sich in eine andere Richtung entwickelt (Witt 2021).

Aufgrund seiner Einbindung in digitale Netzwerke und ein neues Energiesystem markiert das E-Auto bereits den Übergang zu einem neuen Mobilitätsregime. Dieses wird mit Schlagworten wie *Neue Mobilität* oder *Mobilität als Dienstleistung* bezeichnet: Mobilität soll *on demand* funktionieren und alle Verkehrsträger sollen digital, intelligent und intermo-

dal miteinander verknüpft sein. Der technologische Zielpunkt dieser Entwicklung ist das voll autonome Fahren, das komplexe Algorithmen erfordert und umfangreiche Daten produziert. Die neuen Angebote werden vor allem von Auto- und Digitalkonzernen vorangetrieben (Daum 2018).

Tochterunternehmen von Daimler (EVOBUS/Daimler Buses) und Volkswagen (MAN Bus & Trucks) produzieren zwar auch Busse. In den letzten Jahren haben sie jedoch tendenziell Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze abgebaut bzw. ins europäische Ausland verlagert. Die Produktion von Midi- und Minibussen bietet allerdings durchaus Chancen für kleinere und mittlere Unternehmen und Autozulieferer (Blöcker 2022b).

Die Bahnindustrie (Produktion von Schienenfahrzeugen sowie Schieneninfrastruktur, Leit- und Sicherungstechnik) ist hingegen unabhängig von den Autounternehmen. Sie macht einen jährlichen Umsatz von rund 12 Milliarden Euro und stellt 3,5 Prozent der 5,7 Millionen Industriearbeitsplätze in Deutschland. Die Branche wird bestimmt von drei Unternehmen: Siemens Mobility, dem französischen Alstom-Konzern und der Stadler Deutschland GmbH (einer Tochter der Schweizer Stadler Rail AG). Daneben existieren viele kleinere Unternehmen, die sich auf einzelne Bereiche der Bahntechnik spezialisiert haben. Die Branche ist in den letzten 30 Jahren stark gewachsen und dürfte mit der steigenden Nachfrage in Zukunft weiter expandieren (Knierim 2022).

Hinzu kommt die bundeseigene Deutsche Bahn mit mehr als 300.000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von 47 Milliarden Euro. Die zahlreichen kommunalen Verkehrsbetriebe sind ebenfalls zum größeren Teil in öffentlicher Hand und bilden ein wichtiges Rückgrat für die Mobilitätswende. Allerdings sind viele dieser Unternehmen prekär aufgestellt. Die Deutsche Bahn bietet zwar ein großes Potenzial für die sozial-ökologische Transformation. Sie ist in ihrer gegenwärtigen Struktur aber mehr auf Profitabilität und zu wenig auf eine nutzerfreundliche, bezahlbare Bürgerbahn für die Fläche ausgerichtet (Waßmuth 2020). Ferner gibt es auch im Schienenverkehr die Kontroverse, ob neben einer verstärkten Elektrifizierung von Strecken auch vermehrt wasserstoffbetriebene Züge eingesetzt werden sollten.

Auf der gesellschaftlichen Ebene kommt hinzu, dass in vielen Kommunen zivilgesellschaftliche Initiativen und Lokalpolitik eine umfassende Mobilitätswende vorantreiben, die auf dem Umweltverbund basiert (Busse und Bahnen, Fahrrad und Füße). Der Autoverkehr wird dort sukzessive zurückgedrängt, um neue Räume für alternative und klimafreundliche Mobilitätsformen zu schaffen. In Berlin hat die letzte rot-rot-grüne Regierung ein Mobilitätsgesetz beschlossen, um die Verkehrswende abzusichern. Bund und Länder beginnen, den Umweltverbund verstärkt zu för-

dern, wobei eine große Herausforderung darin liegt, alternative Instrumente zu dessen Finanzierung zu erschließen (Sander 2021). Manche bewegungsorientierten Akteure setzen sich etwa für einen ticketfreien öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein. Andere Akteure aus der Klimabewegung haben in den letzten Jahren das Automobil und seine Infrastruktur in den Fokus genommen. Sie organisieren Protestaktionen und Blockaden gegen Automessen und geplante Autobahnen.

Nicht zuletzt haben die aktuellen Auseinandersetzungen im Mobilitätsbereich starke Gerechtigkeitsimplikationen. Sowohl die Möglichkeiten, an Mobilität teilzuhaben, als auch die Betroffenheiten von den negativen ökologischen und räumlichen Folgen des Autoverkehrs sind sozial sehr ungleich verteilt (Sander 2020). Während diese Frage bisher wenig politisiert ist, finden starke Debatten und Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen in der Mobilitätsbranche statt. Reagieren bisher noch viele Autozulieferbetriebe und ihre Beschäftigten eher defensiv-abwehrend auf die Umbrüche in der Autoindustrie, haben Gewerkschaften und Beschäftigte im ÖPNV aktiv das Bündnis mit der Klimabewegung gesucht. Angesichts niedriger Löhne und prekärer Arbeitsbedingungen einerseits, aber eines hohen Fachkräftemangels in dieser sozial-ökologischen Zukunftsbranche liegt dort ein Potenzial für progressive Allianzen (Kaiser 2020).

Im Mobilitätssektor sind also relativ starke Beharrungskräfte des fossilistisch-konservativen Projekts festzustellen, die in der fortbestehenden Dominanz der Autokonzerne, deren Verteidigung des Verbrennungsmotors und in den Interessen der trotz hoher Arbeitsbelastung noch relativ privilegierten Kernbelegschaften zum Ausdruck kommen. Vor allem Akteure des reaktionären Projekts verteidigen ideologisch Diesel, SUV und männliche Automobilität, um ihre imperiale, teils auch prekarierte Lebensweise zu erhalten.

Es lassen sich allerdings auch Strategien eines grün-kapitalistischen Projekts identifizieren: *Erstens* leiten die Autokonzerne mit dem Umstieg auf Elektroautos nun selbst die Antriebswende ein, wobei sie teils versuchen, die Option einer gasbasierten Antriebstechnik zu bewahren. *Zweitens* etablieren Auto- und Digitalkonzerne sowie Start-ups mit den neuen Mobilitätsdienstleistungen Elemente eines grünen und digitalen Plattformkapitalismus. *Drittens* setzen sich vielfältige Akteure, die am ehesten dem klassischen *grünen* Projekt zuzurechnen sind, für eine Mobilitätswende in den Kommunen, aber auch auf Bundes- und Landesebene ein. Sie treffen auf ein materielles Potenzial in der politischen Ökonomie in Form der Bahnindustrie, die eine zwar international-oligopolistische, aber von der Autoindustrie unabhängige *grüne* Kapitalgruppe bildet. Auch die

öffentlichen Verkehrsunternehmen sind zu dieser ökonomischen Basis zu zählen.

Das sozial-defensive Projekt artikuliert sich einerseits in dem eher passiv-bewahrenden Agieren der Akteure in der Autozulieferindustrie, andererseits in dem eher proaktiv-veränderungsoffenen Handeln der Akteure in den öffentlichen Verkehrsunternehmen. Die Allianzen mit linken und klimapolitischen Akteuren sind als Ausdruck des emanzipatorischen Projekts zu verstehen – ebenso Kampagnen für einen ticketfreien ÖPNV und solche gegen das Automobil.

9.3 CHEMIE- UND STAHLINDUSTRIE

Auch die Grundstoffindustrien wie Chemie und Stahl spielen weiterhin eine zentrale Rolle in der deutschen Wirtschaft. Über Jahrzehnte waren sowohl die Unternehmen und ihre Verbände als auch die Gewerkschaften fest im fossilistisch-konservativen Projekt verankert. Die beiden Industrien sind sehr energieintensiv und zusammen für knapp die Hälfte der industriellen Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich. Gerade das Chemiekapital und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), die wirtschaftlich bzw. beschäftigungspolitisch eng mit der Braunkohle verbunden sind, waren lange vehemente Gegner eines Kohleausstiegs.

Durch den fortschreitenden Klimawandel, den wachsenden gesellschaftlichen Druck und anziehende politische Regulierungen hat sich jedoch in beiden Branchen zuletzt ein strategischer Wandel vollzogen. Die Industrieunternehmen haben sich nun grundsätzlich auf den ökologischen Umbau ihrer Produktion eingestellt, wobei der Prozess dorthin widersprüchlich und schwierig bleibt. Dabei spielt Wasserstoff eine zentrale technologische Rolle für die ökologische Umstellung der beiden Branchen. Die Unternehmen lassen sich unter der Voraussetzung auf die Transition ein, dass ihre Strompreise niedrig bleiben und die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Dafür setzen sie zum einen auf den massiven Ausbau von Gaskraftwerken (ggf. auf Wasserstoffbasis) und eine erhebliche Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Nicht zuletzt fordern sie eine starke finanzielle Unterstützung des Staates bei den Investitionen ein, die in den nächsten Jahrzehnten notwendig werden. Die Staatsapparate reagieren bereits mit ihrer neuen proaktiven Industriepolitik, die den ökologischen Umbau forcieren soll (Lehndorff 2022).

Jenseits dessen, dass die Kapitale in beiden Branchen diesen Umbau grundsätzlich akzeptieren, solange sie ihre bisherigen Geschäftsmodelle beibehalten können, hoffen einige auch auf internationale Wettbewerbsvorteile und neue Geschäftsmodelle – etwa auf Basis von Recycling- und Kreislaufwirtschaft. Weniger Perspektiven und Ressourcen haben auch

in diesen Sektoren die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die zu Opfern bzw. Bremsern des Wandels werden könnten. IG BCE und IG Metall setzen bei aller Widersprüchlichkeit inzwischen deutlich auf die ökologische Modernisierung ihrer Branchen, wobei sie sowohl die enge korporatistische Zusammenarbeit mit der Kapitaleseite suchen als auch neue Bündnisse mit Umweltverbänden und Forschungsinstituten schmieden (ebd.).

In der Chemiebranche verfolgt der Verband der Chemischen Industrie (VCI) inzwischen nicht mehr die Strategie, staatliche Regulierungen zu vermeiden, sondern solche einzufordern, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in der Transition erhalten. Diesen Prozess organisiert er proaktiv in der Branche. Steffen Lehdorff stellt ferner fest: «Die deutlichste Veränderung ist in den letzten Jahren bei der IG BCE zu beobachten, die ja sowohl die Beschäftigten des Kohlebergbaus und (teilweise) von Energiekonzernen als auch die der Chemieindustrie vertritt.» (Ebd.: 28) Sie versucht inzwischen nicht mehr, die Dekarbonisierung des Energiesystems zu verhindern, um die fossilistischen Jobs ihrer Mitglieder zu schützen, sondern begleitet aktiv die Transitionsstrategien ihrer Unternehmen (Bendel/Haipeter 2022).

Auch in der Stahlindustrie muss die Energieeffizienz deutlich gesteigert und die Produktion auf Wasserstoff umgestellt werden. In der Industrie werden bereits erste Pilotanlagen erprobt, die technisch und ökologisch innovativ sind. Die technologischen Grundlagen für eine «grüne» Transition sind prinzipiell vorhanden. Doch die Herausforderungen sind groß, in wenigen Jahren ausreichende Elektrolysekapazi-

täten und die nötigen Infrastrukturen aufzubauen. Für den Umbau könnte die Industrie 35 Milliarden Euro Förderungen für zusätzliche Investitions- und Betriebskosten bis 2030 brauchen. Neben der Kapitaleseite engagiert sich inzwischen auch die IG Metall für eine staatlich und sozial abgesicherte ökologische Transition (Blöcker 2022a).

Die Chemie- und Stahlindustrie, einschließlich der Unternehmen und Verbände, Gewerkschaften und Beschäftigten, ist also über lange Zeit eine zentrale Basis des fossilistisch-konservativen Projekts gewesen, die die fossilistische Produktions- und Lebensweise sowohl ermöglicht als auch selbst reproduziert hat. In den letzten Jahren haben sich aber bei den zentralen Akteuren der beiden Branchen grün-kapitalistische Strategien durchgesetzt, die eine zwar langwierige, aber scheinbar machbare, rein technologiebasierte Transition nahelegen, die erlaubt, die bisherigen Geschäftsmodelle auf einer neuen energetischen Grundlage fortzuführen.

Ein reaktionäres Projekt zeigt sich am ehesten in rechten betrieblichen Interventionen, die den ökologischen Umbau aus ideologischen Gründen ablehnen. Ein sozial-defensives Projekt könnte sich womöglich aufseiten der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und ihrer Beschäftigten artikulieren, die drohen bei dem Umstieg abgehängt zu werden. Auch ein emanzipatorisches Projekt ist in dem Feld bisher kaum präsent. Seine strategische Chance würde am ehesten dann bestehen, wenn es zu sozialen Konflikten im Transformationsprozess kommt bzw. wenn massive staatliche Subventionen die Forderungen nach einer stärkeren Wirtschaftsdemokratie nahelegen.

10 HEGEMONIEANALYSE: DIE FÜNF HEGEMONIEPROJEKTE

Auf Basis der vorhergehenden Ausführungen sollen im Folgenden die wesentlichen Strategien und die soziale wie politische Unterstützungsbasis der fünf identifizierten Hegemonieprojekte zusammengefasst werden. Ferner soll jeweils eine Einschätzung zum hegemonialen Potenzial der Projekte formuliert werden.

10.1 REAKTIONÄRES HEGEMONIEPROJEKT

Politische Projekte/Strategien: Das reaktionäre Hegemonieprojekt drückt sich in einem Kampf gegen Klimapolitiken und in der Verteidigung einer aggressiven imperialen Lebensweise aus: für Verbrennungsmotoren und eine männliche Automobilität; gegen erneu-

erbare Energien und pro Kohle bzw. Atom; gegen die grüne Transformation klassischer Industrien.

Soziale (Klassen-)Basis: Die sozialen Kerne des regressiv-autoritären Lagers, die eine sozial-ökologische Reformpolitik grundsätzlich ablehnen, bilden die soziale Basis des reaktionären Hegemonieprojekts. Es sind also mehrheitlich mittelalte bis ältere Männer mit niedrigen Berufsabschlüssen und niedrigen bis mittleren Einkommen, die gehäuft in ländlichen Räumen und im Osten leben. Das sind teils prekäre, teils aber auch gesichert kleinbürgerliche Gruppen; ferner nach rechts gewandte Gruppen in bedrohten Branchen und Regionen.

Tragende Akteure und Parteien: In Zivilgesellschaft und Staat vertreten Akteure der heterogenen politischen Rechten und insbesondere die AfD das reaktionäre Hegemonieprojekt.

Hegemoniales Potenzial: Es handelt sich um ein populäres Hegemonieprojekt, weil es sich vor allem aus den lohnabhängigen Klassen rekrutiert. Es weist Überschneidungen zum fossilistisch-konservativen Hegemonieprojekt auf. Rechte Akteure werben auch um Teile der sozialen Basis des sozial-defensiven Hegemonieprojekts. Dennoch spielt das reaktionäre Projekt gegenwärtig eher eine randständige gesellschaftliche Rolle und hat ein geringes hegemoniales Potenzial. Es verfügt aber über eine eigene Stärke und kann die gesellschaftliche Konstellation von rechts unter Druck setzen. Wenn die radikale Rechte insgesamt wieder in die Offensive kommt und gerade wenn sich sozial-ökologische Transformationskonflikte von rechts politisieren lassen, könnte das Projekt in den hegemonialen Auseinandersetzungen an Terrain gewinnen.

10.2 FOSSILISTISCH-KONSERVATIVES HEGEMONIEPROJEKT

Politische Projekte/Strategien: Auf einer privilegierten gesellschaftlichen Position basierende, nicht nachhaltige Konsummuster und Geschäftspraktiken werden gegen Klimapolitiken verteidigt: hochmotorisierte Verbrennungsautos, Kohleindustrie, klassische Industrien (Brand/Wissen 2018).

Soziale (Klassen-)Basis: Das fossilistisch-konservative Projekt tragen eher die Gruppen des liberal-steigerungsorientierten Lagers (mit «antitransformatorischen» und «selbstzentriert-ignoranten» Einstellungsmustern). Auch Teile des regressiv-autoritären Lagers dürften eine Basis für das Projekt bilden. Diese Gruppen orientieren darauf, ihre imperiale Lebensweise und ihre privilegierten Konsummuster gegen Forderungen nach Veränderungen zu verteidigen. Mehrheitlich handelt es sich um männliche, junge bis mittelalte Menschen mit eher hohen Bildungsabschlüssen, hoch qualifizierten Tätigkeiten und hohem Einkommen. Dazu sind auch privilegierte Beschäftigtengruppen in bedrohten Industrien aus den Leitbranchen zu zählen (Auto, Kohle, Stahl, Chemie).

Während zu den Hochzeiten des Fordismus und Neoliberalismus die dominierende Mehrheit des deutschen Kapitals zum fossilistisch-konservativen Projekt gehörte, ist aktuell nur noch ein rückwärtsgewandter Teil eindeutig dazuzuzählen. Vermutlich handelt es sich um bedrohte nicht oligopolistische Unternehmen (z. B. traditionelle Autozulieferer) sowie Großunternehmen (z. B. EPH), deren Geschäftsmodell durch eine Transformation bedroht ist. Aber auch die dominanten Konzerne im deutschen Machtblock (Auto, Energie, Stahl, Chemie) bewegen sich strategisch zwischen grün-kapitalistischem und fossilistisch-konservativem Projekt. Sie versuchen teilweise, ihre traditionellen Geschäftsmodelle (Verbrennungsmotor,

Kohle, Gas) noch über Jahrzehnte zu bewahren bzw. sind nur dann zu einer grünen Transition bereit, wenn ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht infrage gestellt wird.

Tragende Akteure und Parteien: Das fossilistisch-konservative Projekt wird eher von konservativen politischen Kräften (Teile von Union und FDP) und traditionellen Wirtschaftsverbänden repräsentiert. Ein Ergebnis der aktuellen strategischen Neuausrichtung der Union könnte durchaus sein, dass sie sich nach rechts wendet und stärker zur Vertreterin des fossilistisch-konservativen Projekts macht – mit strategischer und parteipolitischer Öffnung nach rechts außen.

Hegemoniales Potenzial: Das fossilistisch-konservative Hegemonieprojekt ist eher ein Elitenprojekt, das über Jahrzehnte das hegemoniale Projekt im Bereich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bildete. Inzwischen ist es in die Defensive geraten. Es ist nicht mehr führend, aber in einigen Feldern noch dominant. Die Übergänge zu autoritären Mustern sind fließend. Gerade in den tragenden Gruppen besteht ein Kontinuum zwischen liberalen und autoritären Einstellungen mit einer Dynamik in Richtung einer rohen Bürgerlichkeit. Auch die Übergänge zum sozial-defensiven Hegemonieprojekt können fließend sein. Dazu muss geklärt werden, welche Beschäftigten- und Konsumentengruppen aus einer privilegierten Position und welche aus einer sozial prekären Situation heraus handeln. Das ist nicht objektiv zu bestimmen, sondern kann auch Ergebnis von kollektiven Selbstwahrnehmungen und ideologischen Anrufungen sein. Die Gefahr besteht darin, dass sich traditionelle Kerne des fossilistisch-konservativen Projekts verhärten und mit Bündnispartner*innen aus dem reaktionären und dem sozial-defensiven Projekt einen gesellschaftlichen Block bilden, um verlorenes hegemoniales Terrain zurückzugewinnen. Das verbindende Ziel bestünde darin, materielle Sicherheiten und Privilegien der hergebrachten Produktions- und Lebensweise gegen Herausforderungen der grünen Transformation zu verteidigen.

Teile der konservativen Akteure könnten aber auch für einen technokratischen, wachstumsorientierten und zugleich gebremsten grünen Kapitalismus gewonnen werden, wenn alte Geschäftsmodelle und imperiale Lebensweise erhalten werden können. Das würde auf einen strategischen Kompromiss zwischen grün-kapitalistischem und fossilistisch-konservativem Projekt hinauslaufen, der sich sowohl in den widersprüchlichen Strategien des Kapitals als auch in der sozialen Basis der beiden Projekte widerspiegeln würde.

10.3 SOZIAL-DEFENSIVES HEGEMONIEPROJEKT

Politische Projekte/Strategien: Die strategische Praxis des Projekts kann ganz verschiedene Formen

und Stoßrichtungen annehmen: Kampf gegen Einschränkungen für das Auto, gegen energetische Modernisierungen, gegen Reformpolitiken in traditionellen Branchen mit prekärer Beschäftigung (z. B. Autozulieferer). Es können aber auch Kämpfe von prekären Belegschaften in Branchen sein, die für eine sozial-ökologische Transformation offener sind (ÖPNV-Betriebe, Handwerk, Erneuerbare-Energien-Branche).

Soziale (Klassen-)Basis: Die sozialen Träger*innen des sozial-defensiven Projekts fokussieren auf die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen, aber aus einer prekären und nicht einer privilegierten gesellschaftlichen Position heraus. Sie kommen vor allem aus den «prekären» Clustern («veränderungsoffen» und «defensiv»), aber auch aus der traditionellen arbeitnehmerischen Mitte. Es handelt sich also teils um Menschen mit niedriger formaler Bildung, die einfachen Tätigkeiten nachgehen und niedrige Einkommen beziehen; teils aber auch um Menschen in relativ gesicherten ökonomischen Verhältnissen. Zum sozial-defensiven Projekt können gegebenenfalls auch prekäre Kleinbetriebe und Selbstständige gezählt werden.

Tragende Akteure und Parteien: Am ehesten artikulieren Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und soziale Initiativen sowie die LINKE und mit Einschränkungen auch die SPD die Strategien des sozial-defensiven Projekts im politischen Raum.

Hegemoniales Potenzial: Das Hegemonieprojekt ist ein klar populäres Projekt. Es ist weniger weltanschaulich gefestigt als andere Projekte und verfügt als heterogenes, subalternes Cluster kaum über ein eigenes hegemoniales Potenzial. Es bestehen Offenheiten bzw. Überschneidungen zu verschiedenen anderen Hegemonieprojekten bzw. es bietet sich als Bündnispartner für andere Projekte an.

Das reaktionäre Projekt hat Anschlussmöglichkeiten durch die Ablehnung von Zumutungen eines vermeintlich abgehobenen «links-grünen» Establishments und seiner unsozialen Klimapolitik. Das fossilistisch-konservative Projekt kann im Sinne einer Patronage prekäre Bevölkerungsgruppen im Kampf gegen sozial-ökologische Reformpolitiken einbeziehen, die scheinbar privilegierte wie prekäre Gruppen gleichermaßen betreffen. Anknüpfungspunkte bestehen auch zum grün-kapitalistischen Projekt: Vor allem in der Variante eines Green New Deal kann es prekären Arbeitnehmergruppen neue soziale Sicherheiten und sinnstiftende Jobs in den sozial-ökologischen Transformationsbranchen anbieten. Nicht zuletzt könnte auch das emanzipatorische Projekt das Bündnis mit dem sozial-defensiven Projekt suchen, indem es im Sinne einer klassenpolitischen Links-unten-Allianz die prekären Gruppen systematisch in die Transformationsprojekte einbezieht.

10.4 GRÜN-KAPITALISTISCHES HEGEMONIEPROJEKT

Politische Projekte/Strategien: Wesentliche politische Projekte der grün-kapitalistischen Kräfte sind Energiewende und Kohleausstieg, Verkehrswende und grüner Umbau der Industrie. Dabei gewinnt das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt vor allem durch die oben diskutierten Querschnittsprojekte Kontur: Elektrifizierung, Wasserstoffwirtschaft, Bioökonomie und Digitalisierung.

Soziale (Klassen-)Basis: Das grün-kapitalistische Projekt findet seine soziale Basis in erster Linie in den Gruppen der gemäßigt-progressiven Mitte mit «zufriedenen» Einstellungsmustern («träge», «konsumistisch» und «ökosozial») und auch in den Kerngruppen des ökosozialen Lagers (mit «ökosozialen-aktivbürgerlichen» und «voluntaristisch-idealistischen» Einstellungsmustern). Sie alle sind einem ökologischen Umbau gegenüber grundsätzlich aufgeschlossen, wobei Teile nur zu schrittweisen technologiebasierten Veränderungen bereit sind, die ihre eigene Lebensweise nicht infrage stellen. Es handelt sich also einerseits um gut abgesicherte Gruppen der gesellschaftlichen Mitte mit höheren Einkommen und beruflichen Funktionen; andererseits mehrheitlich um weibliche und teils höher gebildete Menschen aus mittleren und größeren Städten.

Tragende Akteure und Parteien: Das Projekt eines grünen Kapitalismus wird von einer breiten Allianz getragen: wesentliche zivilgesellschaftliche Akteure (Umweltverbände, Forschungsinstitute, Thinktanks, Wirtschaftsverbände). Auf Parteiebene sind es vor allem die Grünen, mit Einschränkungen auch SPD, FDP und Teile der Union. Die wachsende Bedeutung, die diesem Projekt als zentralem Projekt der herrschenden Kräfte zukommt, manifestiert sich auch in den Kernstrategien und -programmen der dominanten Staatsapparate.

Varianten und Strömungen des Hegemonieprojekts: In diesem Projekt lassen sich prinzipiell mehrere Varianten identifizieren: erstens das Projekt einer schrittweisen ökologischen Modernisierung, die gebremst und widersprüchlich bleibt; zweitens das Projekt einer wesentlich markt-, unternehmens- und technologiegetriebenen Transformation des Kapitalismus «von oben» (vgl. Green Economy); drittens eine stärker gesellschaftlich inklusive, sozial flankierte und öffentlich gesteuerte Transformation (vgl. Green New Deal) (ähnlich bereits Candeias 2012a). Diese Varianten des grün-kapitalistischen Projekts haben jeweils eine etwas unterschiedlich gewichtete soziale Basis in den populären Klassen und Milieus, in Kapitalfraktionen und Unternehmensgruppen sowie in Zivilgesellschaft und Parteien.

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen in zentralen gesellschaftlichen Feldern lassen

sich die Varianten weiter präzisieren, sodass sich im Wesentlichen zwei Subströmungen des Projekts herauskristallisieren: *zum einen* eine von dominierenden Konzernen bestimmte Spielart des Übergangs zu einem grünen Kapitalismus, die stark auf neue Technologien setzt, zugleich einen langfristigen Übergang nahelegt, der etablierte Geschäftsmodelle und Produkte bewahrt und dafür unter dem Label der «Technologieoffenheit» auch fragwürdige technologische Optionen einbezieht (CCS, expansiver Einsatz von Wasserstoff). Dem steht *zum anderen* eine Strömung gegenüber, die eher von den Akteuren des klassischen *grünen* Hegemonieprojekts getragen wird, für eine schnellere und ambitionierte Transition optiert und dabei nicht nur auf eine konsequente Elektrifizierung und Energieeffizienz setzt, sondern auch auf einen grundlegenden Umbau in Richtung neuer soziotechnischer Systeme (dezentrales Erneuerbare-Energien-System, Wärmepumpen, energetische Sanierungen, Verkehrswende).

Hegemoniales Potenzial: Das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt ist in Teilen ein Elitenprojekt, hat aber auch eine starke Basis in Teilen der populären Klassen. Es hat am ehesten ein hegemoniales Potenzial im Bereich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, aber auch darüber hinaus als hegemoniales Projekt der deutschen Gesellschaft.

Entscheidend ist dafür, dass es einerseits eine führende Position im deutschen Machtblock erreicht; andererseits, dass es Fraktionen und Milieus der populären Klassen unter seiner Führung vereint. Dafür muss es nicht nur seine Kernmilieus festigen, sondern auch Unterstützung von anderen Akteuren und Milieus bzw. aus anderen Hegemonieprojekten gewinnen.

- Die erste Herausforderung besteht darin, radikalere Forderungen aus dem emanzipatorischen Projekt aufzunehmen, dessen Kämpfe zu befrieden, seine soziale Basis zu gewinnen und in das eigene Projekt einzubeziehen (Aufgabe der Grünen).
- Bei der zweiten Aufgabe geht es darum, die grün-kapitalistische Transition mit Interessen und Befürchtungen traditionellerer und teils prekärer Arbeitnehmergruppen zu versöhnen und zu harte Zumutungen und Umbrüche zu vermeiden – und diesen Gruppen gleichzeitig Angebote sinnstiftender neuer Jobs zu machen bzw. ihre bestehenden Tätigkeitsprofile für die Transition zu nutzen. Auf diese Weise ließe sich das sozial-defensive Projekt einbinden (Aufgabe der SPD).
- Die dritte strategische Aufgabe besteht darin, soziale Gruppen und Akteure des fossilistisch-konservativen Projekts zu gewinnen, indem ihre Privilegien bzw. Profitmöglichkeiten weitgehend gewahrt bleiben. Dafür muss ein grüner Kapitalismus imperiale Lebensweise, Wachstums- und Technikori-

entierung fortschreiben oder sogar noch vertiefen (Aufgabe der FDP).

Da mit einem solch breiten Bündnis- bzw. Hegemonieansatz starke Widersprüche und innere Spannungen verbunden sind, könnte es nötig sein, sich auf eine dieser strategischen Optionen zu konzentrieren, oder der Ansatz könnte womöglich in Gänze scheitern. Ferner ist noch schwer abzusehen, was der Ukrainekrieg für diese Konstellation bedeutet. Neben einem fossilistischen Rollback oder einer Beschleunigung der Energiewende erscheint am wahrscheinlichsten, dass ein grüner Kapitalismus mit der neuen geopolitischen Containment- und Aufrüstungspolitik verbunden wird und dieser insofern einen stärker autoritären Charakter annehmen könnte (Brand 2020). Dafür spricht beispielsweise die Forderung von Wirtschaftsminister Robert Habeck nach einem «ökologischen Patriotismus», die zu der analytischen These passt, dass sich in der EU ein «grüner Festungskapitalismus» herausbilden könnte (Oberndorfer 2020).

10.5 EMANZIPATORISCHES HEGEMONIEPROJEKT

Politische Projekte/Strategien: Wesentliche politische Projekte bzw. Strategien des emanzipatorischen Hegemonieprojekts sind: Kohle- und Gasausstieg sowie Energiedemokratie bzw. -gerechtigkeit; Mobilitätswende (Umstieg auf einen solidarischen Umweltverbund und Konversion der Autoindustrie); Vergesellschaftung zentraler Infrastrukturen sowie gerechter Umbau und Demokratisierung der Industrien.

Soziale (Klassen-)Basis: Die soziale Basis des emanzipatorischen Projekts besteht im Kern aus den Gruppen des ökosozialen Lagers («ökosozial-aktivbürgerliche», «voluntaristisch-idealistische» und «zufrieden-ökosoziale» Einstellungsmuster); mit Erweiterungspotenzialen einerseits in Richtung der ambivalent-veränderungsoffenen Gruppen in den unteren Bereichen des sozialen Raums; andererseits der «zufriedenen» Cluster in der aufgeschlossenen Mitte. Dies sind im Kern mehrheitlich junge, weibliche und höher gebildete Menschen mit neuen Dienstleistungstätigkeiten; eher aus Städten und aus Westdeutschland. Aber auch Menschen in stärker prekarierten sozialen Verhältnissen und solche aus der aufgeschlossenen arbeitnehmerischen Mitte sind potenziell ansprechbar. Einige öffentliche Betriebe, Genossenschaften oder andere Kollektivbetriebe könnten ebenfalls für das emanzipatorische Projekt gewonnen werden. Damit weist die emanzipatorische Basis Überschneidungen zum grün-kapitalistischen Projekt auf.

Tragende Akteure und Parteien: Das emanzipatorische Projekt zeigt sich in den Strategien der Klima- und anderer Bewegungen, linker Gruppen und Basisinitiativen; in fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften sowie in Teilen der LINKEN.

Hegemoniales Potenzial: Das Hegemonieprojekt ist ein klar populäres Projekt. In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation verfügt es kaum über ein hegemoniales Potenzial, sondern steht vor der

Herausforderung, einerseits gegen rückwärtsge- wandte fossilistische Strategien kämpfen, aber andererseits aus dem Schatten des grün-kapitalistischen Projekts heraustreten zu müssen. Es stellt sich die strategische Frage, wie es vermeiden kann, im Effekt bloß als oppositioneller Wegbereiter eines grünen Kapitalismus zu wirken, und wie es eine eigene sozial-ökologische Transformationsagenda formulieren kann.

11 STRATEGISCHER AUSBLICK

Aus der Perspektive einer emanzipatorischen Transformation birgt die analysierte Konstellation also schwierige strategische Herausforderungen. So geht es einerseits darum, die beharrenden, fossilistischen Kräfte und ihre Politiken zurückzudrängen. Insbesondere liegt eine zentrale Aufgabe darin, die Formierung eines breiten rechten und fossilistischen Blocks zu verhindern und auch mit den progressiven Kräften des grün-kapitalistischen Projekts gegen solche Tendenzen anzugehen.

Andererseits ist es wichtig, auch eine Strategie und eine konkrete Politik gegenüber den an Bedeutung gewinnenden Ansätzen eines grünen Kapitalismus zu finden. Die allgemeine strategische Orientierung müsste darin bestehen, an den auftretenden Widersprüchen dieses Projekts, die sich insbesondere in der Politik der Ampelregierung zeigen, anzusetzen und sie zu politisieren (Wissen 2021). Ferner ginge es darum, Green New Deal und nachhaltige Transformation selbst von links zu besetzen und diese Ansätze zugleich über ihre wachstumsorientierte, kapitalistische Verfasstheit hinauszutreiben (Brand 2016b; Riexinger 2020; Morgenthaler/Thiele 2021). Das Ziel müsste eine grundlegende sozial-ökologische Transformation sein, die den Übergang zu einer postkapitalistischen Gesellschaft einleitet. Diese kann – als Gegenkonzept zum grünen Kapitalismus – als grüner Sozialismus beschrieben werden (Candeias 2012b).

Für eine solche Strategie ist es nicht zuletzt wichtig, wer konkret die Akteure des Wandels sein können und wie deren soziale Basis beschaffen ist. Eine verbindende «ökologische Klassenpolitik» müsste sich um eine Einbeziehung und soziale Allianz der sozial prekären, veränderungsoffenen und der progressiven, modernen Klassenmilieus bemühen (Röttger/Wissen 2017). In Bezug auf die Akteure bedeutet das, einerseits an die neuen Klimabewegungen anzuknüp-

fen und zugleich die strategischen Bündnisse mit sozialpolitischen Akteuren und Gewerkschaften zu stärken (Beispiel: Beschäftigte im ÖPNV).

Auf der Ebene der Hegemonieprojekte hieße das, dass sich das emanzipatorische Projekt *erstens* strategisch in Richtung des sozial-defensiven Projekts erweitern könnte, indem es Interessen und Forderungen prekärer Gruppen aufgreift und ihnen Sinnstiftung, soziale Sicherheit und gute Arbeit in einer gesellschaftlichen Transformationsstrategie anbietet. *Zweitens* könnte es versuchen, aufgeschlossene Gruppen und Akteure aus dem Spektrum des grün-kapitalistischen Projekts zu gewinnen. Dabei bieten sich insbesondere die Akteure an, die der klassisch *grünen* Subströmung zugerechnet werden können. Auf Basis einer solchen politischen und Klassenallianz ließe sich eine hegemonie- und durchsetzungsfähige Transformationsstrategie entwickeln.

Was diese strategische Orientierung konkret bedeutet und wie sie politisch durchzusetzen wäre, lässt sich nur durch ein strategisches Verständnis der zentralen politischen Auseinandersetzungslinien und die Dynamiken in relevanten gesellschaftlichen Feldern klären. Die oben skizzierte Analyse der Bereiche Energie, Mobilität und Industrie deutet an, wie sich die konkreten Transformationsbedingungen bestimmen ließen. Ferner braucht es praktische politische Vorschläge in diesen Bereichen als real-utopische Einstiegsprojekte, die die Perspektive für ein gutes Leben jenseits des Kapitalismus eröffnen (DIE LINKE im Bundestag 2020; I.L.A.-Kollektiv 2019). Im Kern geht es darum, eine auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft gerichtete Agenda zu entwickeln, die eine tiefgreifende ökologische Transformation mit einer ganz neuen Politik sozialer Sicherheit und Wohlfahrt auf der Basis einer sozialistischen Reproduktionsökonomie verbindet (Candeias 2022a).

LITERATUR

- Altwater, Elmar (2006):** Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster.
- Atzmüller, Roland et al. (Hrsg.) (2013):** Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster.
- Balsmeyer, Heiko/Knierim, Berndhard (2018):** Klimakrise, Autoindustrie und Verkehrspolitik, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 114, S. 60–69.
- Bauriedl, Sybille (2019):** Politische Ökologie der Bioökonomie. Modernisierungsversprechen einer industrialisierten Landwirtschaft, in: Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hrsg.): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen, Münster, S. 194–208.
- Becker, Lia/Nagel, Sarah (2021):** Das grüne Projekt, LuXemburg, Mai 2021, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/das-gruene-projekt/>.
- Bendel, Alexander/Haipeter, Thomas (2022):** Die chemische Industrie zwischen Globalisierung und Industriepolitik. Eine Studie im Rahmen des Projekts «Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der «Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e. V.», Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46378.
- Bischoff, Joachim (2020):** Zum Ende der Ära Merkel, in: Sozialismus 449, S. 2–6.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard/Radke, Björn/Siebecke, Gerd (2021):** Berliner Republik im Machtvakuum, in: Sozialismus 466, S. 2–6.
- Blöcker, Antje (2022a):** «Grüner Stahl» – Wie geht das? Eine Studie im Rahmen des Projekts «Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der «Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e. V.», Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46703.
- Blöcker, Antje (2022b):** Busse – Seitenstrang oder Potenzial für die Mobilitätswende?, in: Candeias, Mario/Krull, Stefan (Hrsg.): Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion, Hamburg, S. 249–294.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019):** Industriestrategie 2030. Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriestrategie-2030.html.
- Boston Consulting Group (2021):** Klimapfade 2.0. Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft, im Auftrag des BDI, Berlin, unter: www.bcg.com/de-de/klimapfade.
- Brand, Ulrich (2016a):** «Transformation» as a New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term «Transformation» Does Not Prevent Multiple Crises, in: Gaia 1/2016, S. 23–27.
- Brand, Ulrich (2016b):** Beyond Green Capitalism. Social-Ecological Transformation and perspectives of a global green-left, in: Fudan Journal of the Humanities and Social Sciences 9, S. 91–105.
- Brand, Ulrich (2020):** Umkämpfter Green Deal. Strategien gegen einen autoritären Grünen Kapitalismus. Für ein linkes Verständnis von Freiheit, in: Sozialismus 453, S. 2–6.
- Brand, Ulrich/Krams, Mathias/Lenikus, Valerie/Schneider, Etienne (2022):** Contours of historical-materialist policy analysis, in: Critical Policy Studies 3/2022, S. 279–296.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017):** Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2018):** Imperiale Automobilität. SUV-Fahren als Krisenstrategie des Mittelstands, in: Jungle World 4/2018, Imprint, S. 19–23.
- Candeias, Mario (2009):** Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg.
- Candeias, Mario (2011):** Interregnum – molekulare Verdichtung und organische Krise, in: Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 45–61.
- Candeias, Mario (2012a):** Szenarien grüner Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers, Berlin, S. 135–149.
- Candeias, Mario (2012b):** Was ist sozialistisch am grünen Sozialismus?, in: LuXemburg 3/2012, S. 6–14.
- Candeias, Mario (2022a):** Der Übergang, LuXemburg, April 2022, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-uebergang/>.
- Candeias, Mario (2022b):** Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zum Wähler*innenpotenzial der LINKEN, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46565.
- Candeias, Mario/Kuhn, Armin (2008):** Grüner New Deal als Ausweg aus der Krise?, in: Das Argument 279, S. 805–812.

- Daum, Timo (2018):** Das Auto im digitalen Kapitalismus. Dieselskandal, Elektroantrieb, autonomes Fahren und die Zukunft der Mobilität, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38652.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011):** VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- dena – Deutsche Energie-Agentur GmbH (Hrsg.) (2021):** dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität, Berlin, unter: www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2021/Abschlussbericht_dena-Leitstudie_Aufbruch_Klimaneutralitaet.pdf.
- DIE LINKE im Bundestag (2020):** Aktionsplan Klimagerechtigkeit, Berlin.
- Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hrsg.) (2020):** Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a. M.
- Ehling, Janis (2021):** Merkel 2.0 – Kampf um die Mitte, LuXemburg, September 2021, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/merkel-20-kampf-um-die-mitte/>.
- EU-Kommission (o. J.):** European Clean Hydrogen Alliance, unter: https://ec.europa.eu/growth/industry/strategy/industrial-alliances/european-clean-hydrogen-alliance_de.
- Eversberg, Dennis (2020a):** Who can challenge the Imperial Mode of Living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population, in: Innovation. The European Journal of Social Science Research 2/2020, S. 233–256.
- Eversberg, Dennis (2020b):** Bioökonomie als Einsatz polarisierter sozialer Konflikte? Zur Verteilung sozial-ökologischer Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung 2018 und möglichen Unterstützungs- und Widerstandspotentialen gegenüber bio-basierten Transformationen, Working Paper 1: Mentalitäten im Fluss (flumen), Jena, unter: www.flumen.uni-jena.de/wp-content/uploads/2020/11/Working-Paper-Nr.-1-flumen_Eversberg_Bio%C3%B6konomie-als-Einsatz-polarisierter-sozialer-Konflikte-1.pdf.
- Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hrsg.) (2014):** Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld.
- Georgi, Fabian (2019):** Turbulenter Festungskapitalismus, in: Book, Carina et al. (Hrsg.): Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der «imperialen Lebensweise», Externalisierung und exklusive Solidarität, Münster, S. 27–43.
- Giegold, Sven (2020):** Gegen den Green Deal: Corona und die Lobby-Organen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2020, S. 33–36.
- Görg, Christoph (2003):** Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster.
- Götze, Susanne (2021):** Laschets Klimapolitik: Geisterfahrt in die Heizeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2021, S. 5–8.
- Gramsci, Antonio (1994):** Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin.
- Großmann, Katrin (2020):** Gebäude-Energieeffizienz als Katalysator residentieller Segregation. Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel «Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage», in: sub|urban 1–2/2020, S. 199–210.
- Haas, Tobias/Jürgens, Isabell (2019):** VW begründet? Der Kampf ums Auto, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2019, S. 13–16.
- Haas, Tobias/Jürgens, Isabel (2021):** Die europäische Landung auf dem Mond? Der European Green Deal als Projekt ökologischer Modernisierung, in: PROKLA 202, S. 133–140.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2013):** «Grüne Basis». Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/6429.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2020):** Decarbonizing Transport in the European Union: Emission Performance Standards and the Perspectives for a European Green Deal, in: Sustainability 20/2020.
- Haas, Tobias/Syrovatka, Felix (2022):** Von Kohle und Öl über Erdgas zum Wasserstoff? Globale Strukturen der Energieversorgung, in: Politikum. Analysen, Kontroversen, Bildung 2/2022, S. 36–43.
- I.L.A.-Kollektiv (Hrsg.) (2019):** Das gute Leben für Alle: Wege in die solidarische Lebensweise, München.
- Kahrs, Horst (2021):** Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Wahlkampfbericht, erste Deutungen und Hintergründe zum Wahlverhalten, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45055.
- Kaiser, Julia (2020):** #Wir fahren zusammen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di im Bereich Nahverkehr als Exempel ökologischer Klassenpolitik, in: Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hrsg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a. M., S. 267–284.
- Kemfert, Claudia (2021):** Raus aus der Öl- und Gasfalle: Elektrifiziert das Land!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2021, S. 13–16.
- Knierim, Bernhard (2022):** Beschäftigte in der deutschen Schienenfahrzeugindustrie, in: Candeias, Mario/Krull, Stefan (Hrsg.): Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion, Hamburg, S. 295–324.

- Köncke, Philipp (2022):** Strukturwandel und Arbeitskämpfe in der deutschen Automobilindustrie, in: Candeias, Mario/Krull, Stefan (Hrsg.): Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion, Hamburg, S. 119–248.
- Lange, Steffen/Santarius, Tilman (2018):** Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit, München.
- Lehndorff, Steffen (2022):** Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie? Was läuft, wo es hakt, worauf es jetzt ankommt. Ein Überblick über die Studien des Projekts «Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der «Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e. V.», Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46555.
- Lucke, Albrecht von (2021):** Schwarz-grünes Versagen: Die Wiedererweckung der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2021, S. 5–8.
- Manderscheid, Katharina (2014):** Formierung und Wandel hegemonialer Mobilitätsdispositive, in: Zeitschrift für Diskursforschung 1/2014, S. 5–31.
- Morgenthaler, Ronja/Thiele, Lasse (2021):** Den Absprung finden. Mit einem Green New Deal über den Kapitalismus hinaus?, in: PROKLA 202, S. 53–70.
- Nagel, Sarah (2020):** «Diese Zeit hat unsere Farbe». Wahljahrvorbereitungen bei den Grünen, LuXemburg, November 2020, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/diese-zeit-hat-unsere-farbe/>.
- Neupert-Doppler, Alexander (2021):** Green Deal als «Ende der freien Gesellschaft»? Zur dystopischen Gegenmobilisierung der AfD, in: PROKLA 202, S. 115–130.
- Oberndorfer, Lukas (2020):** Auf zum grünen Festungskapitalismus? Die EU-Pläne für einen Aufbauplan zur Bewältigung der Corona-Krise, in: Kurswechsel 3/2020, S. 88–93.
- Olschanski, Reinhard (2020):** 40 Jahre Grüne: Ökologie als Menschheitsthema und Machtfaktor, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2020, S. 74–85.
- Pallaver, Greta (2019):** Sanierung ohne Verdrängung. Energetische Gebäudesanierung zwischen Klimakrise und Recht auf Wohnen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 59, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/41099.
- Poulantzas, Nicos (2002):** Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg.
- Prognos/Öko-Institut/Wuppertal-Institut (2021):** Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann. Zusammenfassung, im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, Berlin, unter: www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrales-deutschland-2045/.
- Redecker, Eva von (2021):** «Die wollen Spaß mit Papas Auto». Interview durchgeführt von Elsa Köster, in: der Freitag 40/2021, unter: www.freitag.de/autoren/elsa-koester/die-wollen-spass-mit-papas-auto.
- Riexinger, Bernd (2020):** System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können, Hamburg.
- Röttger, Bernd/Wissen, Markus (2017):** Ökologische Klassenpolitik, LuXemburg, August 2017, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/oekologische-klassenpolitik/>.
- Sander, Hendrik (2016):** Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima, Berlin.
- Sander, Hendrik (2020):** Die Berliner Verkehrswende. Von der auto- zur mobilitätsgerechten Stadt, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 60, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/42609.
- Sander, Hendrik (2021):** Wer bezahlt die mobilitätsgerechte Stadt? Instrumente für eine alternative Finanzierung des ÖPNV, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45473.
- Sander, Hendrik/Schüler, Anna/Siebenmorgen, Bastian (2021):** Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier. Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen Transformation, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 5/2021, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/43985.
- Sander, Hendrik/Siebenmorgen, Bastian/Becker, Sören (2020):** Kohleausstieg und Strukturwandel. Für eine sozialökologische Transformation im Rheinischen Revier, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/43423.
- Sander, Hendrik/Wohlfahrt, Simon (o. J.):** Die Berliner Wärmewende zum Erfolg führen. Hindernisse und Chancen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung, hrsg. vom BUND Berlin, unveröffentlicht.
- Schneider, Etienne (2021):** Paradigmenwechsel in der Industriepolitik?! Strategische Konsequenzen für den sozial-ökologischen Umbau, LuXemburg, Oktober 2021, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/paradigmenwechsel-in-der-industriepolitik/>.
- Schwedes, Oliver (2011):** Das Elektroauto: Hoffnungsträger oder Feigenblatt?, in: Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Röttger, Bernd/Thimmel, Stefan (Hrsg.): Globale Ökonomie des Autos. Mobilität, Arbeit, Konversion, Hamburg, S. 200–207.
- Strüver, Anke/Bauriedl, Sybille (2020):** Smart Cities und sozial-räumliche Gerechtigkeit. Wohnen und Mobilität in Großstädten, in: Hannemann, Christine/Othengrafen, Frank/Pohlan, Jörg/Schmidt-Lauber, Brigitta/Wehrhahn, Rainer/Güntner, Simon (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2019/2020: Digitale Transformation, Wiesbaden, S. 91–109.

Waßmuth, Carl (2020): Eine andere Bahn ist möglich, LuXemburg, Mai 2020, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/eine-andere-bahn-ist-moeglich/>.

Wissen, Markus (2021): Steilvorlage für die Linke?, LuXemburg, Dezember 2021, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/steilvorlage-fuer-die-linke/>.

Witt, Uwe (2021): Auf Kante genäht, LuXemburg, Dezember 2021, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/auf-kante-genaehrt/>.

Witt, Uwe (2022): Wasserstoff – zentrales Element für den Industrieumbau. Eine Studie im Rahmen des Projekts «Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der «Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e. V.», Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46476.